

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

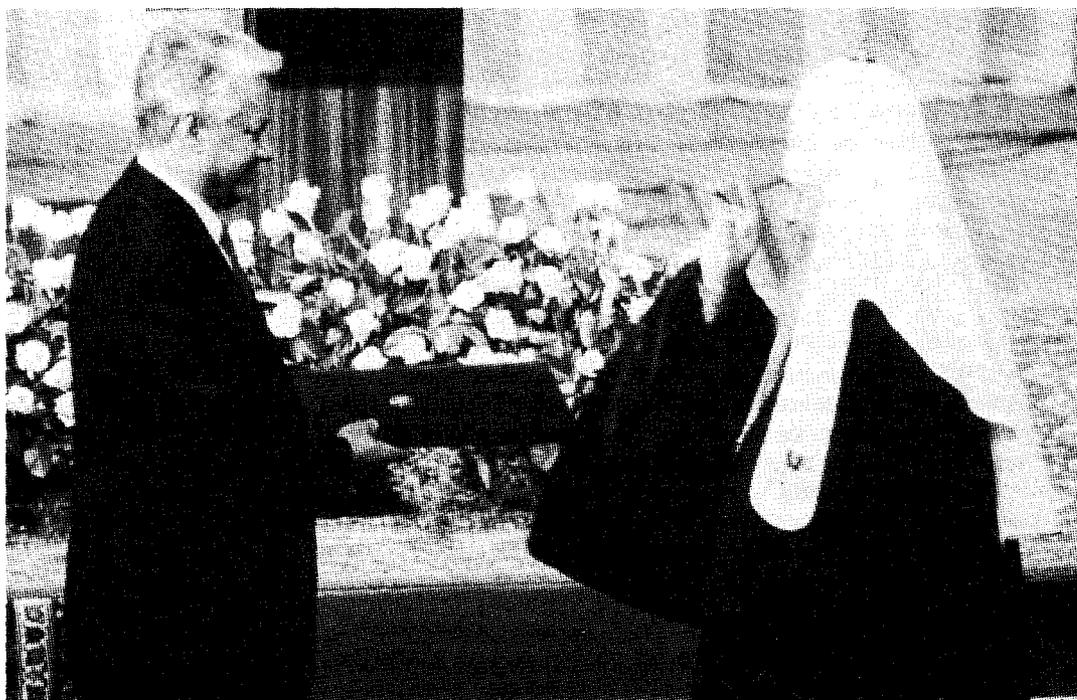


Nr. 89

SEPTEMBER 1991

50 Pfennig

Viertes Reich will UdSSR ausplündern Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!



Der Spiegel

Großrussische Chauvinisten Jelzin und Patriarch Alexij II. Die Oktoberrevolution zerschlug antisemitische Pogrome, befreite die Frauen und schuf nationale Gleichheit. Stalinismus bereitete den Weg für die alte Scheiße. Dringend notwendig ist eine revolutionäre Arbeiterpartei als Volkstribun in der Tradition Lenins und Trotzki's

Bankrotter Stalinismus öffnet Schleusen für Restauration des Kapitalismus

27. August – Die Werktätigen der Sowjetunion, ja die Arbeiter aller Länder, haben ein beispielloses Desaster hinnehmen müssen, dessen verheerende Konsequenzen jetzt zum Tragen kommen. Was bei dem vermurksten Putsch von Michail Gorbatschows ehemaligen Mitarbeitern herauskam, ist eine Vormachtstellung von Boris Jelzin, der sich als Bushs Mann anbietet. Dies hat im ganzen Land der Oktoberrevolution eine Flut der Konterrevolution ausgelöst. Der erste Arbeiterstaat in der Geschichte ist schwer angeschlagen, nachdem er jahrzehntelang durch stalinistische Mißwirtschaft ausgehöhlt und unterminiert wurde. Die Staatsmacht ist zerbrochen, die Kommunistische Partei – ihr bürokratischer Kern – in Scherben und

verboten, und die multinationale Union zerreißt, da eine Republik nach der anderen ihre Abspaltung erklärt.

Jelzin & Co. sehen zwar jetzt den Weg frei, um die Wiedereinführung des Kapitalismus mit Gewalt durchdrücken zu können; doch *das Ergebnis steht noch nicht definitiv fest*. Während die Imperialisten jubeln und das prokapitalistische Kleinbürgertum frohlockt, stehen die sowjetischen Arbeiter vor einem Desaster von katastrophalem Ausmaß: jede Errungenschaft, für die sie selbst, ihre Eltern und ihre Großeltern Opfer gebracht haben, steht auf der Abschuliste. Es droht eine Explosion von sogar noch größeren nationalistischen Auseinandersetzungen. Wenn die Peitsche der kapitalistischen Ausbeutung bei dem allgemeinen wirtschaftlichen Durcheinander eingeführt wird, droht im kommenden Winter große Hungersnot und Massenarbeitslosigkeit. Das sowjetische Pro-

Fortgesetzt auf Seite 16

Über Leo Trotzki's konsequente Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats Seite 10

Friedrich-Umbettung: Krönung des Vierten Reichs

205 Jahre nach dem Tod von Friedrich dem Großen wurden im Schloß Sanssouci er und sein Vater, der „Soldatenkönig“ Friedrich Wilhelm I., ein fünftes Mal begraben. Nachdem die Herrscher die Quadriga mit Eisernem Kreuz auf das Brandenburger Tor gehievt hatten, war der Staatsakt am 17. August in Potsdam die symbolische Krönung des Vierten Reichs. Für „Wiedervereinigungskanzler“ Kohl und sein Regime von großer Bedeutung: denn sie drängen darauf, Preußens und Deutschlands militärische Traditionen zu rehabilitieren. Aber Bundeswehr-Abordnung und Bundesgrenzschutz mußten diesmal reichen.

Und alles unter der Ägide von Brandenburgs SPD-Ministerpräsident Stolpe: er will sich „zur ganzen Geschichte bekennen“. Schon nach dem Sturz von Kaiser Wilhelm bekräftigte die SPD ihre Kontinuität mit Preußen unter den Hohenzollern, nachdem Scheidemann und Noske die Novemberrevolution 1918/19 in Blut erstickt hatten. Hitler weihte das Nazi-Regime am 21. März 1933 ein – mit einer Friedrich-Zeremonie. So zollen alle deutschen Nationalisten Preußen Tribut, weil es für die Organisation des modernen Deutschland steht.

Für viele war die Umbettung ein Ereignis, um den Adel zu begaffen. Am Rande gab es den üblichen faschistischen und Burschenschafts-Abscham, Preußen- und Reichskriegsfahnen, sogar 1200 „antimilitaristische Gegendemonstranten“, von Stolpe als „wichtig und notwendig“ gelobt. Die Arbeiter schimpften über Geldverschwendung, spotteten darüber, daß sie den Alten Fritz schon wieder umtopften. Ja: anscheinend wie vor dem letzten Weltkrieg. Doch nicht einmal die Hälfte der über 100 000, die die Bourgeoisie erwartet hatte, gingen am Sarg vorbei. Zeitgleich „feierten“ Nazis/Skinheads in Wunsiedel und Bayreuth Rudolf Hess und terrorisierten rumänische Asylbewerber in Zittau und Aschersleben.

Die Botschaft dieses Preußen-Spektakels lautete: Die Konterrevolution auf dem DDR-Gebiet ist vollbracht, das Deutsche Reich ist jetzt die führende imperialistische Macht Europas. Das wollten sie in der sowjetischen Garnisonsstadt Potsdam demonstrieren, wo die Rote Armee jahrzehntelang auf Posten gegen den Imperialismus stand.

Nach zwei verlorenen Weltkriegen lechzt die deutsche Bourgeoisie nach Preußens Eroberungen im Osten. Züge fahren nicht nach Kaliningrad, sondern nach „Königsberg“. Sie sprechen von „Stettin, Breslau, Posen“. Die KZ-Gedenkstätten sollen ganz verschwinden und in Pro-

paganda-Ausstellungen über „stalinistischen Terror“ oder in Supermärkte und Finanzzämer verwandelt werden.

Preußens Geschichte wurde in der DDR kultiviert, um „Nationalismus in einem halben Land“ zu rechtfertigen. Heute spiegeln Preußen-Kult und Bismarck-Verehrung den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus wider. Aber die Herrscher brauchen gegenwärtig ihren Militarismus in „aufgeklärter“ Verpackung, und ihre Geschichte ist mit geeigneten Gestalten nicht gerade reich gesegnet. So versuchen sie es wieder mal mit dem Alten Fritz.

SPD und „Linke“ wenden ein, das militaristische Preußen-Bild sei schlecht für das „friedliche“ deutsche Image im Ausland. Viele setzen Hitler mit dem „Alten Fritz“ gleich. Doch die Nazis waren nicht die Enkel des feudalistischen Monarchen, sondern der barbarischste Ausdruck des Imperialismus in seinem Todeskampf.

Und dann gibt es noch Katholiken, die es nicht begeistert, den Protestanten Friedrich zu feiern; auch bei Teilen der CDU/CSU. Auch Spiegel-Chef Augstein mißfiel es, und er verwies auf Bitburg. Dabei störte ihn nur das Bild des „häßlichen Deutschen“, nicht aber, daß Kohl/Reagan 1985 in Bitburg vor SS-Massenmördern strammstanden.

Mit der historischen Wahrheit hat der Preußen-Mythos wenig zu tun. Schon im Zweiten Reich verriß Franz Mehring die Preußen-Legende. Friedrich regierte mit Korporalstock, weil er als „aufgeklärter Despot“ im 18. Jahrhundert nur so regieren konnte; die schwache deutsche Bourgeoisie entwickelte sich erst sehr spät. Preußen war in Lessings Worten „das sklavischste Land Europas“, Winkelmann (im italienischen Exil) nannte Friedrich „den Schinder der Völker“. Die Französische Revolution hingegen läutete drei Jahre nach Friedrichs Tod das Ende des Feudalismus ein und eröffnete eine neue historische Epoche, die den europäischen Kontinent veränderte.

Durch drei Schlesische Kriege und die Teilung Polens wurde Preußens Bevölkerung praktisch verdoppelt. Und in diesem Drang nach Osten liegt die Bedeutung für die Bourgeoisie heute: Im Osten erkannte Friedrich den Weg, sein Imperium durch räuberische Kriege zu vergrößern.

Helmut Kohl will Preußens Gloria wieder aufputzen, damit die deutschen Imperialisten den Osten ausplündern können. Um neue imperialistische Kriege zu verhindern, um mit dem Gesindel samt gräflichem Anhang aufzuräumen, ist eine proletarische Revolution notwendig. Für ein rotes Rätedeutschland in einem sozialistischen Europa! ■

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg

VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH

Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54

Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79

Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift

Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde

Konto 119 88-601, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 0173-7430

Nr. 89

September 1991

SPARTAKIST

Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,-
enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Einführungssabo (5 Ausgaben): DM 3,-

Name

Adresse

Telefon

Sp 89

Bestellt bei:

Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Konto 119 88-601
Postgiro Frankfurt/Main
BLZ 500 100 60

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Gesundheitsversorgung im Osten wird abgewürgt Berliner Krankenschwestern wehren sich

Am 24. Juli legten Krankenschwestern und Pfleger in den Ostberliner Krankenhäusern die Arbeit nieder. Sie forderten die Anerkennung ihrer Dienstjahre und volle Anpassung ihrer Löhne und Gehälter an den westlichen Standard. Denn es wurde ihnen ein Tarifabschluß reingewürgt, der darauf kalkuliert war, ihre Existenz und das ostdeutsche Gesundheitswesen zu vernichten. „Wir mußten jetzt einfach selbst die Initiative übernehmen. Vielleicht ist das der vielbeschworene Mut der Verzweiflung.“ So ein junger Pfleger aus der Charité.

Am 26. Juli gingen wieder über tausend Pflegekräfte auf die Straße, dazu Ärzte, MTAs, Physiotherapeuten und andere. Die Demonstration zog von der Charité zum Institut für Arzneimittel im Wedding. Auf dem Weg dorthin schlossen sich viele Passanten an. Man hörte: „Weiter so!“ Diesmal hatten ÖTV und DAG unter dem Druck des Pflegepersonals dazu aufgerufen; die Charité-Mitarbeiter boykottierten offiziell die Demonstration aus Protest gegen die ÖTV-Führung, die sie ausverkauft hatte. Doch sie dürfen sich durch ihre berechtigte Wut nicht davon abhalten lassen, jede Möglichkeit für den Aufbau eines wirklichen Kampfes zu nutzen, gerade um ihn der Kontrolle der Bürokraten zu entreißen.

Die SPD-Verräter an der Spitze der ÖTV krochen vor „Arbeitgeber“ Schäubles Innenministerium und unterschrieben im Mai hinterrücks den Tarifvertrag. Die ÖTV-Führung vertuschte die Einzelheiten des Abschlusses. Diesmal war ihr das Eisen doch zu heiß; nicht nur die Verräter des Personalrats, auch die ÖTV-Vertrauensleute hielten lieber den Mund.

Kaltschnäuzig wurden laut Vertrag *alle* Angestellten des Gesundheitswesens im DDR-Gebiet ab 1. Juli wie *Berufsanfänger* eingestuft und natürlich auch entsprechend unterbezahlt. Also keine Lohnerhöhung. Pflegepersonal und Ärzte, die zum Teil schon Jahrzehnte gearbeitet haben – unter harten Bedingungen – werden finanziell hart getroffen.

Die ohnehin schon starke Abwanderung von gesundheitlichem Fachpersonal nach Westdeutschland bekommt dadurch einen kräftigen Schub. Formal wurden Löhne und Gehälter bei 60 Prozent des Westniveaus festgelegt – für eine Krankenschwester nur rund 1400 D-Mark netto im Monat. Und wie eine DGB-Studie errechnete, heißen für ostdeutsche Arbeiter, die im Gegensatz zum Westen fast keine zusätzlichen Tarifleistungen wie Urlaubs-, Weihnachtsgeld und übertarifliche Zuschläge bekommen, „60 Prozent des Westlohns“ real nur *runde 40 Prozent!* „Bei den Zuständen bleibt doch keine Schwester im Osten. Dann kann man es sich überhaupt nicht mehr leisten, krank zu werden“, sagte eine Patientin treffend.

Das überwiegend weibliche Krankenpflegepersonal braucht in ganz Deutschland eine kräftige Lohnerhöhung. Den Pflegenotstand im Westen hat der westdeutsche Staat mit jahrelangem Lohnstopp geschaffen. Die CDU/CSU



Spartakist

Wütende Krankenschwestern der berühmten Charité-Klinik wehren sich gegen Vernichtungsfeldzug und ÖTV-Ausverkauf

will seit Jahren ein „Pflichtjahr“ für Mädchen wie im Dritten Reich einführen, um das riesige Loch mit kostenlosen „Hausdienerinnen“ zu stopfen; zivildienstleistende Wehrdienstverweigerer (die deswegen toleriert werden) reichen bei weitem nicht aus. Krankenhäuser im Westen werben mit satten „Kopfprämien“ Pflegekräfte aus dem DDR-Gebiet ab. Allein in Ostberlin waren Mitte August schon über 700 Schwesternstellen frei.

Zerschlagt die Hexenjagd!

Bonn hat sich mit dem Anschluß der DDR massiv übernommen; die Kosten sollen zuerst auf den Rücken der Schwächsten abgewälzt werden: Rentner, Kinder, Frauen, Immigranten. Aus purer Rache für 1945 soll alles plattgemacht werden, was an die ehemalige DDR erinnert. Dazu ist der Bourgeoisie von Auschwitz jedes Mittel recht. Sie inszeniert eine Anti-„Ossi“-Kampagne, verteuft die DDR als Brutstätte des Faschismus. Mit einer obszönen „Organspenden-Kampagne“ sollen die Ärzte der DDR den SS-Mördern wie Mengele gleichgestellt werden. (Nebenbei sollen damit die wirklichen Nazi-Mörder-Ärzte, die jahrzehntelang im Westen in Ruhe ihre Praxen betrieben, amnestiert werden.) Mit besonderem Haß wird die „Anti-Stasi“-Hexenjagd betrieben. Doch die Mitarbeiter des MfS sind für die deutschen Imperialisten nur die Vorspeise. Es geht ihnen darum, jeden in den Staub zu drücken, der den Staat DDR verteidigte.

Nachdem die Lehrer im öffentlichen Dienst zu Tausenden gefeuert wurden, hat die Hatz die renommierte Ostberliner Charité erfaßt. Professor Peter Althaus, ein international anerkannter Forscher und Chef der Urologischen Klinik, gehört zu denen, die die fristlose Kündigung erhielten: wegen der Beschuldigung, er sei „Informeller Mitarbeiter“ der Stasi gewesen. Althaus hat seit Ende Juli bergeweise Solidaritätsschreiben erhalten und kämpft um seine Wiedereinstellung. Die organisierte Arbeiterbewegung hat die Kraft, seine Wiedereinstellung und die Wie-

Fortgesetzt auf Seite 4

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Krankenschwestern...

Fortsetzung von Seite 3

dereinstellung aller bedrohten Ärzte durchzusetzen. Verteidigt Prof. Althaus! Stoppt die Hexenjagd in der Charité!

Neues Deutschland (7. August) beschrieb treffend das Ziel dieser großangelegten Kündigungswellen als „die Enthauptung einer Lehr-, Forschungs- und Heilstätte ...“ Das internationale Ansehen der Charité überragt bei weitem das der Universitätskliniken der „Freien“ Uni im Westteil der Stadt. Praktisch jeder noch zu DDR-Zeiten ernannte Professor, Dozent, Oberarzt, Institutsdirektor oder Abteilungsleiter der Charité ist von Kündigung bedroht. Die Bourgeoisie hat entschieden, wie Politiker bestätigen: „Drei Uni-Kliniken in Berlin seien zu viel“.

Im Westberliner Uni-Klinikum Rudolf Virchow läuft gleichzeitig eine drakonische „Abstrukturierung“ mit dem Ziel, den Standort Charlottenburg weitgehend zu räumen. Der Senat beschloß, 7000 Betten in Berlin abzubauen. Das Pflegepersonal ist für die Kapitalisten nur Bauern auf dem Schachbrett, die geopfert werden sollen. Der ÖTV-Tarifabschluß soll das Gleitmittel dafür sein.

Die Polikliniken in der DDR waren zwar oft inadäquat und altmodisch, aber sie waren immerhin das Rückgrat einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung für alle. Mit ihrer Auflösung wird den Menschen massenweise die Versorgung einfach weggenommen. Eine ehemalige Poliklinik-Arztin schrieb Ende Mai in der *Münchner medizinischen Wochenzeitschrift*:

„Allgemeinmediziner, Internist, Chirurg, Dermatologe, HNO-Arzt, Gynäkologe – alle unter einem Dach. Keine langen Wege für den Patienten, Auslastung der technischen Geräte durch alle Ärzte ... diese Form der kollegialen Gemeinschaft hätte man nicht zerschlagen dürfen.“

Wer die Illusion hegt, daß man diese „Gemeinschaft“ in private Ärzthäuser hinüberretten kann, sollte sich das Beispiel der USA anschauen, wo dieses System lupenrein entwickelt ist: dort kann sich ein Drittel der Bevölkerung keine ärztliche Behandlung leisten. Wer ernsthaft krank wird, darf einfach sterben.

Die einzige Chance jüngerer Ärzte im DDR-Gebiet ist, sich gegenüber den Banken zu verdingen und eine Praxis zu kaufen; die älteren bekommen sowieso keinen Kredit dafür. Die Ärztin beschreibt, was die meisten erfahren müssen: „daß ich von Praxis zu Praxis laufe, um ein Angestelltenverhältnis als Allgemeinmediziner zu erreichen.“ Wenn sie es nicht schaffen, ist es aus. Die Selbstmordrate gerade unter älteren Ärzten im DDR-Gebiet ist enorm gestiegen.

Die Bedingungen der Krankenversicherung werden wesentlich schlechter; selbst lebensnotwendige Medikamente werden unbezahlbar. Führende Forscher sprechen von einem medizinischen und geistigen Kahlschlag mit unabsehbaren Folgen. Programme für Dialysepatienten und schwangere Diabetikerinnen: gestrichen. Die Zentralinstitute für Herz-Kreislauf-Erkrankungen: zugemacht. Das Krebsregister der DDR und die Institute für Tuberkuloseforschung – weltberühmt: „abgewickelt“.

In den Krankenhäusern herrscht Chaos. Eine Medizinisch-Technische Assistentin in Friedrichshain berichtete dem *Spartakist*: Die eine Abteilung weiß nicht, ob sie noch Patienten in eine andere schicken kann; keiner weiß Bescheid, welche eigentlich noch existiert und welche schon geschlossen worden ist. In der Kinderklinik der Charité wurde eine Abteilung einfach zugemacht und die andere,

noch existierende, mußte die Patienten mit übernehmen. Ob sie es kann, ist eine andere Frage ... Dieses Spiel wird noch für viele Mord bedeuten. Schon Anfang August mußten 55 Prozent der Operationen in der Charité abgesetzt werden: Pflegenotstand auf den Intensivstationen. 60, 80 und mehr Akutpatienten stehen auf den OP-Wartelisten.

Der Platz der Frau

Die arroganten Herrscher in Bonn und Berlin wollen alle Frauen zu Kinder, Küche, Kirche zurücktreiben. Schon über 60 Prozent der Arbeitslosen in der ehemaligen DDR sind Frauen. Sie finden keine Lehrstellen, keine Studienplätze. Sehr viele verloren den Job, weil die Kinderversorgung wegfiel. Der Paragraph 218 soll allen Frauen aufgezungen werden. Im Kapitalismus ist es der „Platz der Frau“, die Arbeiten zu verrichten, die zu „niedrig“ sind, um von der Gesellschaft anerkannt zu sein – Kinderversorgung, Altenpflege, Krankenpflege. Pflegekräfte bei den Sozialstationen, die zu chronisch kranken und alten Menschen nach Hause fahren, um sie dort zu pflegen, haben in Westdeutschland noch nie einen Tarifvertrag gehabt.

Frauen in der DDR genossen historische Errungenschaften. Über 90 Prozent der Frauen waren berufstätig, das Ausbildungsniveau war sehr hoch, für jedes Kind gab es einen Tagesstättenplatz. Aber gleichzeitig bedeutete der „Sozialismus in einem halben Land“ für Frauen die „zweite Schicht“ in der Familie. Die Bedingungen des Mangels machten die vollständige *Vergesellschaftung der Hausarbeit* unmöglich. Und ohne diese gibt es keine Gleichberechtigung, geschweige denn Sozialismus. Die verbrecherische Politik der Stalinisten machte aus der Notwendigkeit eine Tugend und erhob die Familie zur „Keimzelle des Sozialismus“. Es gab ein stolzes Bewußtsein der Gleichstellung der Frau in der Arbeitswelt, doch gleichzeitig wurde den Frauen traditionelle „Frauen“tugenden mit sozialistischer Färbung eingebleut – Selbstaufgabe, Aufopferung bis zum Umfallen, für die Familie, aber auch für den Betrieb. Je schlechter die Arbeitsbedingungen, umso größer der „sozialistische“ Heldenmut. Und gerade im Gesundheitswesen, wo die abgehärmten Frauen alles aufopferten, fühlen sie sich jetzt zu Recht und umso böser um ihre Rechte betrogen.

Kostenlose, umfassende Gesundheitsversorgung aller in einer sozialistischen Welt!

Die plündernde Bourgeoisie und ihre ÖTV-Handlanger dachten, sie könnten mit den Arbeitern im Gesundheitswesen alles machen. Aber sie haben sich bei den selbstbewußten ostdeutschen Frauen verrechnet. Es ist klar, daß eine kämpferische Mobilisierung um die erneuten Tarifverhandlungen am 11. September breite Unterstützung in ganz Berlin erhalten würde. Die bisherigen Aktionen der Pflegekräfte waren in der Berliner Bevölkerung und beim Krankenhauspersonal auch im Westen *enorm populär*. Viele Arbeiter, die sonst auf die reaktionäre Teile-und-herrsche-Taktik gegen „die Ossi“ reingefallen sind, stellten sich sofort kämpferisch auf die Seite der Pflegekräfte.

Viele Krankenschwestern, Pfleger, Ärzte und andere im Gesundheitswesen wählten ihre Berufe, weil sie der Menschheit dienen wollten in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und soziale Unterdrückung. Heute schreit die Krise im Gesundheitswesen nach einer sozialistischen Revolution – die nicht wie in der DDR in einem halben Land auf halbem Wege steckenbleibt. Dafür ist der Aufbau eines revolutionären Partei dringend notwendig, die

Fortgesetzt auf Seite 23

Demo gegen Abschiebungen in Hamburg

„Verhindert die Massenabschiebungen!“, forderten einige Hundert Demonstranten am 27. Juli in Hamburg bei einem Protest gegen die drakonischen Abschiebegesetze. Initiiert wurde die Demonstration von einem Komitee iranischer linker Gruppen, die SPD beteiligte sich mit einem Block und forderte volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten. Unsere Genossin Carola Schirm hielt auf der Abschlußkundgebung eine Rede, die wir hier auszugsweise abdrucken.

Das „Vierte Reich“, der deutsche Imperialismus, gegen den wir kämpfen, will wieder gegen Osten marschieren und seine „Neue Weltordnung“ den Unterdrückten aller Länder aufzwingen. Er wurde ermutigt durch die kapitalistische Wiedervereinigung Deutschlands, gegen die wir gekämpft haben. Heute sind die verheerenden Folgen sichtbar mit Massenarbeitslosigkeit und „Flüchtlinge raus“. Und dagegen müssen wir diejenigen mobilisieren, die die soziale Kraft haben, den deutschen Imperialismus in die Knie zu zwingen: die Arbeiterklasse in Ost und West, die deutschen und die eingewanderten Arbeiter.

Wir fordern den deutschen Imperialismus nicht auf, Özal in der Türkei oder Rafsandschani im Iran zu stürzen,

denn wir wissen: Imperialistische Einmischung des Nachfolgestaats von Auschwitz in Polen, Jugoslawien, Bulgarien, der Türkei und Iran bedeutet Zwangsarbeit, Kurden-KZs, Unterdrückung, Knechtung und Krieg.

Auch die SPD hier ist mit Abschiebungen von Immigranten nicht zimperlich gewesen: Von der Erstürmung einer Kirche mit Maschinenpistolen, um die philippinische Seemannsfrau Aviola abzuschicken, bis zur Belagerung des KZ Neuengamme durch die Polizei, um Cinti und Roma abzuschicken, gibt es eine langjährige „Tradition“ von Terror gegen Immigranten von seiten der SPD. Die Gewerkschaften unternehmen nichts, um ihre Kollegen aus anderen Ländern zu verteidigen, weil die Gewerkschaftsführung mit der klassenverräterischen und antikommunistischen SPD verbunden ist. Wir fordern alle klassenbewußten Arbeiter im DGB auf, für volle Staatsbürgerrechte für Immigranten, gegen Abschiebungen zu kämpfen. Nötig sind insbesondere gewerkschaftliche Selbstverteidigungsgruppen, um die Faschisten zu stoppen, die Faschisten, die Asylantenwohnheime anzünden und Türken auf offe-

Fortgesetzt auf Seite 23

Bourgeoisie von Auschwitz will sich rächen Laßt Mielke frei!

Die antikommunistische Hexenjagd, mit der die PDS enteignet und jetzt das berühmte Charité-Krankenhaus vernichtet werden soll, ist hauptsächlich von der SPD geführt, in Berlin besonders von Jutta Limbachs Justizministerium. Jetzt will sie den ehemaligen Chef des MfS der DDR, Erich Mielke, anklagen, weil er angeblich als junges Mitglied der KPD 1931 an der Erschießung zweier Polizisten teilnahm – also vor 60 Jahren! Die Kontinuität zwischen dem Dritten und dem Vierten Reich kann man an der Tatsache sehen, daß die Anklage gegen Mielke in der Nazizeit erhoben wurde.

Die Beschuldigung stammt aus einer Zeit, als Millionen Arbeiter aufgrund der Weltwirtschaftsdepression arbeitslos waren und in Deutschland eine bürgerkriegsähnliche Situation herrschte. Damals wurden Arbeiterdemonstranten häufig die Zielscheibe von Polizeihundertschaften, die mit Schußwaffen wahllos Kundgebungen auseinandertrieben. Im „Blutmai“ 1929 erschoss die SPD-geführte Polizei in Berlin bei einer verbotenen Maikundgebung 33 Menschen und verletzte weitere 198. Einem Bericht der Roten Hilfe zufolge wurden 42 Arbeiter getötet zwischen Januar und dem 13. August 1931. Die Polizei reagierte tollwütig auf die Erschießung der zwei Schupos, für die sich Mielke jetzt verantworten soll, indem sie Dutzende Arbeiter verletzte und eine Person tötete. „Soweit ersichtlich, wurde in keinem einzigen Todesfall eine gründliche Untersuchung der Umstände in Gang gesetzt, geschweige denn ein Beamter belangt“, schreibt *Die Zeit* (16. August).

„Spuren gab es kaum“, beschreibt *Die Zeit* den Beginn der Untersuchung gegen die Kommunisten. Doch nachdem Hitler mit der Ausrötung der KPD anfang, gaben „Zeugen“ zweifellos unter Folter „Geständnisse“ ab, wobei Mielke genannt wurde. Jetzt hat ein psychiatrisches Gutachten den 83jährigen Mielke für „verhandlungsunfähig“ erklärt. Die Gefangenschaft dieses

Mannes ist reine Folter, dennoch bleibt er hinter Gittern, während die Berliner SPD-Hexenjäger entscheiden, ob das Verfahren gegen Mielke eröffnet wird.

Trotzki verurteilte die sektiererische Politik von Stalin und Thälmann Anfang der 30er Jahre, die den Namen „Dritte Periode“ erhielt. Trotzki kämpfte dafür, daß die KPD sich an die sozialdemokratischen Arbeiter wenden sollte, um gewaltige Einheitsfrontaktionen gegen die Nazis zu organisieren und die Massenbasis der SPD von ihrer reformistischen Führung zu brechen. Statt dessen bezeichnete die Partei Thälmanns, Neumanns und Remmeles die SPD als „Sozialfaschisten“. Am 9. August 1931, also dem Tag, als die zwei Berliner Polizisten erschossen wurden, unterstützte die KPD einen von den Nazis initiierten Volkentscheid, um die SPD-geführte preußische Regierung abzusetzen. Diese Politik paralyisierte die mächtige deutsche Arbeiterklasse dermaßen, daß Hitler widerstandslos an die Macht kommen konnte.

Jetzt greifen die Sozialdemokraten und Christdemokraten des Vierten Reichs auf Hitlers Anklage gegen Mielke zurück, weil sie alles vernichten wollen, was an die ehemalige DDR erinnert. Und mit dem Zusammenbruch des Stalinismus in der Sowjetunion schnappt der Bundesanwalt noch einmal nach Erich Honecker und Markus Wolf.

Natürlich hatte die DDR, ein deformierter Arbeiterstaat, das Recht und die Pflicht, Verteidigungsorgane aufzubauen. Aber die Stasi hat auch die Arbeiter unterdrückt und war eine enorme Vergeudung von menschlichen Ressourcen durch die Bürokratie. „Nur eine revolutionäre Arbeiterregierung hätte die Autorität, über Honecker, Mielke und Tisch für deren Verbrechen gegen die Arbeiterklasse zu richten“, schrieben wir in *Spartakist* Nr. 81, 11. Dezember 1990. Das bedeutet, daß sie erst mit ihrer eigenen Bourgeoisie abgerechnet haben muß. **Freiheit für Mielke! Hände weg von Markus Wolf und Honecker!**

„Festung Europa“ ...

Fortsetzung von Seite 24

wurden 500 000 in den KZs der Nazis ermordet. Überlebenden wird von deutschen Gerichten bescheinigt, daß ihre KZ-Haft „nicht entschädigungswürdig“ sei – Zeugenaussagen von KZ-Wächtern bilden die Grundlage. Erst Ende August wurde in Frankfurt ein Verfahren gegen den SS-Mann und KZ-Schergen Pery Broad eingestellt, der für die Ermordung von 3000 Roma und Cinti im „Zigeuner-Lager“ der Nazis in Auschwitz und von mindestens 2000 jüdischen Gefangenen verantwortlich ist.

Treu seiner Tradition als „Rechtsnachfolger“ des Dritten Reiches, verleumdet und verfolgt der deutsche Staat diese Ärmsten der Armen bis heute: Als sich am 5. August in Hamburg Roma und Cinti gegen einen bewaffneten Polizeiüberfall zur Wehr setzten, wurden sie als „Terroristen“ beschimpft. Ein Vater wurde sogar beschuldigt, sein Baby als „Schlagwaffe“ eingesetzt zu haben! In einem Protestbrief an den Hamburger Bürgermeister Voscherau erklärte das Komitee für soziale Verteidigung, das mit der Spartakist-Arbeiterpartei verbunden ist: „Diese Angriffe auf ein Volk ohne Heimat, dessen Geschichte die Verfolgung der Staatenlosen symbolisiert, ist eine Bedrohung für jeden anständigen Menschen, denn die Kräfte des mörderischen Terrors werden dadurch gestärkt. Die organisierte Arbeiterbewegung, zusammen mit Immigrantorganisationen, hat die Macht, die demokratischen Rechte und das Recht auf Leben aller Unterdrückten zu verteidigen. Diese Macht kann und muß mobilisiert werden, um den Terror gegen Roma und Cinti und ihre Abschiebungen zu stoppen! Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten!“

Nicht nur in Hamburg und in Düsseldorf, wo Roma-Familien seit Ende Juni in einem Protestlager kampieren, profilieren sich die SPD-regierten Länder als Vorreiter bei dieser rassistischen Treibjagd. So wurde in der SPD-Hochburg Hannover ein genereller „Aufnahmestopp für Asylanten“ verfügt, ausgeführt und gerechtfertigt vom zuständigen Bundesratsminister Jürgen Trittin, Mitglied der Grünen. Bremens Chef Wedemeier weigert sich seit dem 1. August, Flüchtlingsanträge von Rumänen und Polen überhaupt anzunehmen.

Ende Juli war es der SPD-Spitzenstar Engholm, der in den Fußstapfen Lafontaines die Hetze gegen Asylsuchende eröffnete. Für seine Vorschläge für „Quoten für Flüchtlinge aus den am härtesten bedrängten Gebieten“, für die Einrichtung von zentralen Sammellagern und schnellere Abwicklung von Asylverfahren – sprich Abschiebungen – erntete er den begeisterten Applaus der CSU. Die Vorschläge der SPD-„Rechts“expertin Däubler-Gmelin für eine Volksabstimmung und Kategorisierung der Flüchtlinge, damit 95 Prozent gleich wieder abgeschoben werden können, nannte die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge eine „Selektion im Schweinsgalopp“.

Jetzt streiten CDU/CSU und SPD darüber, wer von den „Volksdeutschen“ deutsch genug ist. Während Kohl sich über „die vielen deutschen Kinder“ freut, will Engholm die Kriterien der erwünschten „Arisierung“ enger fassen. Als ein jüdisches deutschsprachiges Ehepaar aus Riga einen Antrag auf Einbürgerung stellte, wurde er abgelehnt: Juden sind vom „deutschen Volkstum“ ausgeschlossen. Schon vor Monaten hat das Vierte Reich mittels „Kontingentlisten“ einen Judenstopp durchgesetzt.

In Deutschland besitzen selbst Kinder der zweiten und dritten Generation von eingewanderten Arbeitern keine Staatsbürgerrechte, obwohl sie und manchmal auch ihre Eltern hier geboren sind. Selbst der Brosamen des kommunalen Wahlrechts wird mit „völkischer“ Rechtfertigung

als verfassungswidrig erklärt. Die Arbeiter türkischer und kurdischer Herkunft sind ein integraler Bestandteil des machtvollen westdeutschen Industrieproletariats und spielen eine Schlüsselrolle im Klassenkampf. Einer der ersten Schritte, um die Einheit zwischen eingewanderten und deutschen Arbeitern zu schmieden, kann der Kampf gegen faschistische Angriffe auf Immigranten und Flüchtlinge sein.

Alle, die es geschafft haben, hierher zu kommen, müssen auch hier bleiben und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Die Arbeiterbewegung muß fordern: Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! Massenmobilisierungen von Arbeitern/Immigranten, integrierte Arbeiter/Immigranten-Selbstverteidigungsgruppen sind dringend nötig, um den Nazi/Skinhead-Terror zu stoppen.

Rassismus der „Freien Welt“

Täglich gibt es neue Meldungen über blutige Angriffe auf Immigranten und Flüchtlingswohnheime durch Nazis/Skinheads in ganz Deutschland. Hamburg, Zittau, Görlitz, Aschersleben, Bernburg ... besonders in Ostdeutschland sind die Überfälle bedrohlich angewachsen. Jetzt verhökern die Kapitalisten die Große Lüge, der Stalinismus gleiche dem Faschismus – die Skinheads und Nazis seien das Produkt von Honecker/Mielke. Die engstirnigen Bürokratien der stalinistischen Regime in Osteuropa konnten den giftigen Nationalismus unter Kontrolle halten, aber sie konnten nicht die materielle Basis legen, ihn auszurotten; und sie selbst vertraten die nationalistisch begrenzten Interessen einer schmalen Schicht. Doch es ist die Einführung der kapitalistischen Marktwirtschaft, die die Flut von Rassismus und Nationalismus freigesetzt hat.

Vor 46 Jahren zerschlug die Rote Armee das Nazi-Regime und errichtete im Osten Deutschlands einen – wenn auch deformierten – Arbeiterstaat. Mit der kapitalistischen Wiedervereinigung bekamen faschistische Banden grünes Licht für ihren Terror im ehemaligen DDR-Gebiet. Alle bekannten Nazi-„Größen“ konzentrierten ihre mörderischen Aktivitäten auf den Osten und versuchten, aus der Massenarbeitslosigkeit besonders unter Jugendlichen Kapital zu schlagen. Während die Reformisten von SPD bis PDS nach mehr Polizeischutz gegen die Skinhead/Nazibanden schreien oder sogar „Sozialprojekte“ für dieses Pack fordern, ist der bürgerliche Staat in Görlitz und Berlin schon kräftig dabei, ihnen Häuser und ehemalige Jugendklubs zu übergeben. Die Spartakist-Arbeiterpartei hat wiederholt die Initiative ergriffen und zu Arbeiter-/Immigrantenmobilisierungen zur Verteidigung der Wohnheime aufgerufen. So verbrachten im April Genossen der SpAD die Nacht von „Hitlers Geburtstag“ in einem vietnamesischen Wohnheim in Berlin, um es gegen erwartete faschistische Angriffe zu verteidigen.

Das machtstrotzende Vierte Reich will Osteuropa in ein D-Mark-dominiertes Hinterland verwandeln, wo die „Untermenschen“ erneut für das deutsche Kapital ausgepreßt werden sollen. Während Kohl/Genscher großmäulig den „Tod des Kommunismus“ feiern, werden ihre Drohgebärden gegenüber Jugoslawien immer frecher und ihr Verlangen nach den baltischen Staaten immer offener, die sie „heim ins Reich“ holen wollen.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) kämpft konsequent überall, wo wir verankert sind, von Australien und Japan bis Nordamerika und Europa, für die Mobilisierung der organisierten Arbeiterbewegung gegen Rassismus und faschistischen Terror. In Frankreich kämpfen unsere Genossen der Ligue Trots-

kyste de France gegen die sozialdemokratische Mitterrand/Cresson-Regierung, die in regelmäßigen Abständen die Immigrantenviertel von der Polizei belagern läßt, wo sie die Aufstände der Jugendlichen brutal niederschlägt. Der gleiche Staatsapparat, der die Immigranten heute foltert und mordet, hat im Kolonialkrieg des französischen Imperialismus in Algerien sein eigenes System von Folter installiert. Die LTF verlangt volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und fordert: Bullen raus aus den Getto-Vororten! Kein Vertrauen in die Regierung der Bourgeoisie! Verteidigt Immigrantenviertel durch Verteidigungskomitees der Wohnviertel! Diese Komitees müssen durch die Gewerkschaften unterstützt werden!

Die bürgerliche Presse malt das Bild eines Millionenansturms von „Armutsflüchtlingen“ auf die „Festung Europa“. Grüne und SPD schieben Überstunden, um „gerechte“ Abschiebemodelle zu konstruieren. Die PDS erblickt eine Chance für eine nationale Volksfront, die bis zu den Bullen reicht! Die PDS-Thesen der Bundestagsabgeordneten fordern, daß „eine demokratisch legitimierte Instanz unter Mitwirkung der Ausländerbehörden, Flüchtlingsorganisationen, amnesty international, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen über die Asylanerkennung entscheiden“ (*Neues Deutschland*, 16. August). Obwohl die Thesen feststellen, daß „die Genfer Flüchtlingskonvention in den Hochzeiten des Kalten Krieges verabschiedet“ wurde und auf „Flüchtlinge aus den realsozialistischen Ländern“ abzielte, erhoffen sich diese kriecherischen „Sozialisten“ vom Vierten Reich „ein bewußtes Bekenntnis zur histori-

schen Verantwortung“ und eine „Politik der offenen Grenzen“ – als Ergebnis der Konterrevolution in den osteuropäischen deformierten Arbeiterstaaten.

Aber „offene Grenzen“ kann es nicht geben, außer durch Anschluß, wie wir ihn vor kurzem erlebt haben. Stattdessen regiert der Rassismus der „Freien Welt“. Kommunisten können nie die Einwanderungspolitik der bürgerlichen Staaten unterstützen, Rassismus und Unterdrückung gehören genauso zum Kapitalismus wie die krassen Unterschiede in der Entwicklung imperialistischer Staaten und halbkolonialer Länder. Die klassenbewußtesten Arbeiter müssen dafür gewonnen werden, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die für eine sozialistische Weltordnung kämpft. Und bei diesem Kampf werden die eingewanderten Arbeiter in Deutschland eine Schlüsselrolle spielen.

Nach der Französischen Revolution wurde allen, die für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit gekämpft hatten, die Staatsbürgerschaft verliehen. Die Verfassung der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik von 1918 verlieh *allen* Arbeitern, aus welchem Land auch immer, ohne alle Formalitäten das Bürgerrecht. Heute sind es nur die revolutionären Trotzlisten, die für einfache bürgerlich-demokratische Rechte eintreten und volle Staatsbürgerrechte für *alle* Immigranten fordern. Es ist dringend notwendig, eine authentisch leninistisch-trotzkistische Partei aufzubauen, die die proletarische Revolution zum Sieg führen kann, damit alle nicht nur formale Staatsbürgerrechte, sondern volle Gleichheit haben. ■

Özals Türkei...

Fortsetzung von Seite 24

Kundgebung in der Geschichte dieser Stadt gedachten dort über 25 000 Menschen des bekannten kurdischen Politikers Vedat Saydin, der von der türkischen Konterguerilla ermordet wurde, einem Ableger der NATO-Geheimorganisation Gladio. Es gab mehrere Tote, über 80 Verletzte und Hunderte Verhaftete. Anschließend wurden am 14. Juli zwölf Mitglieder der linken Dev-Sol-Gruppierung bei einer dreistündigen Polizei-Razzia in Istanbul ermordet.

Bush lobte den türkischen Staatspräsidenten Özal als „treuen Verbündeten“ im Kampf gegen den Irak und die Türkei als „ein Modell für diejenigen, die um freie Wahlen und freie Märkte kämpfen“. Ein paar Tage nach diesem Besuch erklärte Özal in Nazi-Sprache: „Wer die Einheit des Landes zerstören will, wird zermalmt. Wer es mit Terror versucht, wird zehnmals zermalmt werden... Es ist kein Problem für die Türkei, diese Terrororganisation [PKK] auszumerzen.“

Und diese NATO-Freundschaft blieb nicht bei Worten. Kurz vor dem türkischen Angriff auf den Irak wurden die US-Truppen im Irak nach Silopi verlegt, eines der am heftigsten umkämpften Gebiete im türkischen Teil Kurdistans. Dadurch erhielt das türkische Militär Rücken- deckung, um bei ihrem „Ausrottungsfeldzug“ loszuschlagen. Wir fordern: Türkei raus aus dem irakischen Kurdistan! NATO-Eingreiftruppen raus aus der Türkei und Kurdistan! Alle Imperialisten raus aus dem Irak!

Auch Talabani, der Führer der irakischen Kurdistan-Front, hat sich offen auf die Seite des türkischen Vernichtungskrieges gegen die PKK gestellt und reiste zu dem NATO-Schlächter Özal, um sich abzusprechen – eine logische Folge seines Vertrauens auf Bush beim kurdischen Aufstand im Nord-Irak. Talabani bot sich der türkischen Regierung als Hilfssheriff an und erklärte: „Wir sind dagegen, daß die Sicherheit der Türkei von Irakisch-Kurdistan aus sabotiert wird. Wir werden das nicht zulassen.“

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Inter-



taz-Archiv

Türkische Armee und Polizei überzieht kurdische Dörfer mit mörderischem Terror

nationalisten) hat seit dem Ausbruch des Golfkrieges erklärt, daß ein Sieg der US/NATO-Imperialisten gegen den Irak die verstärkte Unterdrückung der Völker des Nahen Ostens bedeuten würde. Wir forderten die Niederlage der Imperialisten und die Verteidigung des Irak. Eine Niederlage der Imperialisten hätte das Proletariat und die unterdrückten Völker zum Kampf gegen die eigenen Herrscher ermuntert.

Der Krieg führte auch zur Verschärfung der interimperialistischen Rivalitäten. Die USA wollten ihre militärische Macht gegenüber ihren Rivalen, dem ökonomisch

Fortgesetzt auf Seite 8

Özals Türkei...

Fortsetzung von Seite 7

erstarkten Vierten Reich des deutschen Imperialismus und Japan, zeigen. Genau wie die deutschen Imperialisten von diesem Krieg wenig begeistert waren, scheint die Bonner Regierung wenig erfreut zu sein über den jüngsten Feldzug der Türkei, der in enger Absprache mit den USA stattfand. Ein diplomatischer Kleinkrieg entflammte, als beide Länder die Botschafter einbestellten. Genscher schickte eine lächerliche Note an die türkische Regierung und beschwerte sich scheinheilig über Menschenrechtsverletzungen.

Natürlich kümmert sich das Vierte Reich einen Dreck um die Interessen der Kurden. Für die Bonner Regierung gelten die Kurden weiterhin als nicht verfolgt und können daher jederzeit abgeschoben werden, wie es auch Bayern angekündigt hat. Seit zwei Jahren laufen Prozesse gegen PKKler in Düsseldorf und Celle, wo unter dem Vorwand des berüchtigten Paragraphen 129a des Anti-Terrorismus-Gesetzes der Befreiungskampf der Kurden selbst abgeurteilt werden soll. Und jeder weiß, daß die BRD Millionen D-Mark in die türkische Armee hineinpumpt und die Sondereinsatzkommandos der türkischen Armee durch die GSG-9 ausbilden ließ. Es ist deutsche Kriegsausrüstung, mit der die Türkei in den Irak einmarschierte.

Aber in Deutschland sorgte Genschers Beschwerde-Note an den Partner Türkei für einen heuchlerischen „humanitären“ Deckmantel, unter den die SPD und die Grünen/Bündnis 90 kriechen konnten, um daraus moralische Propaganda-Munition für Blauhelm-Einsätze der Bundeswehr zu basteln. Genauso biederte sich die PDS mit Appellen an das Vierte Reich an und rief Bonn zu Sanktionen auf (wie sie das schon gegenüber dem Irak getan hatte), die nur dazu dienen, den verbrecherischen Charakter der deutschen Bourgeoisie zu beschönigen.

Für Permanente Revolution in der Türkei!

Vor über sechs Monaten erließ die Regierung in Ankara ein Anti-Terror-Gesetz, auf dessen Basis Linke und Kurden zum Abschluß freigegeben werden. Linke und Bürgerrechtler werden von den Todesschwadronen der „Konterguerilla“ entführt und tot aufgefunden in einem Ausmaß, wie es aus Lateinamerika bekannt ist. Ein besonderes Ziel des Staatsterrors scheint neben der PKK die vor kurzem gegründete bürgerliche HEP zu sein (Halkın Emek Partisi – Partei der Arbeit des Volkes). Der in Diyarbakir ermordete HEP-Vorsitzende Vedat Saydin wurde für seine Rede auf Kurdisch bekannt, die er in Ankara hielt und für die er monatelang im Gefängnis festgehalten wurde. Die HEP hat das Konzept einer „reinen“, klassenlosen Demokratie in der Türkei. Der Grund aber, warum es in der Türkei noch nie eine stabile bürgerliche Demokratie gegeben hat, liegt darin, daß diese Bourgeoisie in der imperialistischen Epoche unfähig ist, die

bürgerlich-demokratischen Aufgaben durchzuführen. Nur die Machtergreifung der Arbeiterklasse kann diese Aufgaben erfüllen und auch das Selbstbestimmungsrecht der Kurden gewährleisten.

Inzwischen berichtete die PKK über den Aufbau einer Schwesterpartei im Irak, die aus der breiten Opposition zu den Verhandlungen mit Saddam Hussein entstanden ist. Besonders in Türkisch-Kurdistan scheint die PKK seit einiger Zeit massiven Zulauf zu haben, auf der Basis der Verzweigung der Massen aus den Bürgerkriegsgebieten. Doch trotz ihrer Gegnerschaft zu den feudalen kurdischen Clans von Barsani und Talabani bleibt die Politik der PKK in bürgerlich-nationalistischen Etappenmodellen gefangen: „Um die nationale Befreiungsrevolution Kurdistans zum Sieg zu führen, bedarf es zuerst einmal eines richtigen Programms; das ist das Programm für Unabhängigkeit und Demokratie...“ (*Kurdistan Report*, Juni/Juli). Im Irakkrieg weigerte sich die PKK, gegen die Imperialisten Seite zu beziehen.

Die einzige Strategie, die die PKK anzubieten hat, ist das „Serihildan“, genannt nach der Intifada der Palästinenser in den besetzten Gebieten. Die Intifada hat aber mit ihrer Unterordnung unter die verschiedenen Scheichtümer und arabischen Bourgeoisien ständig Niederlagen erlitten. Die palästinensischen Massen werden ihren Kampf nur gewinnen können, wenn sie ihn mit der Arbeiterklasse in den Industriezentren verknüpfen, einschließlich der hebräischsprachigen Arbeiter.

Die freundschaftliche Haltung der PKK gegenüber der HEP ist in der Hoffnung auf eine „demokratische“ (das heißt kapitalistische) Türkei begründet, die die Unabhängigkeit Kurdistans ermöglichen soll, in der Suche nach einem liberalen Teil der türkischen Bourgeoisie. Und auch in den imperialistischen Ländern suchen sie nach einer Solidaritätsbewegung, um „Druck auf die Regierung im eigenen Land“ zu entwickeln. Doch der einzige Weg für die Unabhängigkeit Kurdistans ist es, gemeinsame Sache mit der Arbeiterklasse der Region zu machen – mit den kurdischen und türkischen Arbeitern im Westen der Türkei wie auch mit den kämpferischen eingewanderten Arbeitern in den imperialistischen Metropolen und besonders in Westdeutschland, wo sie eine strategische Rolle in der Industrieproduktion spielen.

So hätte der Bergarbeiterstreik in Zonguldak und der daraus resultierende Generalstreik im Januar dieses Jahres eine Schlüsselrolle spielen können. Cankaya hat geübt. Doch der Streik wurde durch seine Führer abgewürgt, und die Kampfbereitschaft der Arbeiter wurde umgelenkt in eine nationalistische Volksfront, in ein Bündnis mit der Bourgeoisie, damit sie sich nicht den türkischen NATO-Kriegsinteressen entgegenstellen.

Wie wir in *Workers Vanguard* Nr. 527 (24. Mai) schrieben: „Heute kann der kurdische Kampf der Schlüssel sein, um die ‚Neue Ordnung‘ von Bush im Nahen Osten zu sprengen. Aber dafür brauchen die kurdischen Massen eine Führung, die sich nicht an die Imperialisten wendet, die sie seit Jahren verraten und abgeschlachtet haben, sondern an die arabischen, persischen und türkischen Proletarier, an die Palästinenser und die anderen nationalen Minderheiten, die in den verschiedenen Völkergefängnissen der Region unterdrückt werden. Nur wenn die Arbeiterklasse, zusammen mit ihren Klassenbrüdern und Klassenschwestern der ganzen Region und unter der Führung einer internationalistischen Avantgarde, ihren Platz einnimmt an der Spitze der kurdischen Nation, kann dieses lange leidende Volk endgültig seine Befreiung erlangen. Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan! Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!“ ■

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
Halle	SpAD, Comcenter, Raum 30 Leninallee 70, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
Leipzig	M. Scharsig, Postlagernd, Leipzig 7022
Rostock	SpAD, Postfach 9001, 2500 Rostock 1

Trotzkisten sprechen auf Moskauer Arbeiterkonferenz

Am 20. Juli fand in der sowjetischen Hauptstadt eine Konferenz Moskauer Arbeiter statt. Zu diesem Treffen hatten Vertreter des Moskauer Arbeiterklubs und des Moskauer Arbeiterrates aufgerufen. Bei der Veranstaltung kamen 700 Teilnehmer zusammen, darunter 561 Delegierte aus 400 der wichtigsten Betriebe des Gebietes. Nach Angaben eines der Organisatoren repräsentierte dies vielleicht eine halbe Million Arbeiter. Unter den Initiatoren waren die Kommunistische Initiative, die Vereinigte Front der Werktätigen (OFT) und einige Gruppierungen in der und um die KPdSU.

Zwar beteiligten sich aus dem Milieu der „Patrioten“ Gruppen wie die OFT, die in ihrer Geschichte großrussischen Chauvinismus beschönigt und die offen faschistische und antisemitische Pamjat verniedlicht hat, aber die Konferenz war weit davon entfernt, homogen zu sein. Das beste Beispiel hierfür war, daß die Grüße im Namen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) enthusiastisch aufgenommen wurden (nach einigem antitrotzkistischen Geraune auf den Korridoren). Zur Parteifrage, die auf der Konferenz heiß debattiert wurde, erklärten die IKL-Vertreter: „Heute setzen die Imperialisten und die hiesigen Konterrevolutionäre alles daran, um die Sowjetunion zu zerstückeln, indem sie das sowjetische Proletariat durch Nationalismus spalten und paralysieren. Dies ist ihre größte Waffe. Aber das Proletariat hat seine eigene Waffe – den Internationalismus. Wir müssen eine Partei schmieden, die gegen alle Formen von Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert!“

Die Konferenzteilnehmer, die unterschiedliche politische Impulse hatten, waren sich einig über die Notwendigkeit, Fabrikkomitees zu organisieren, um Arbeiterkontrolle durchzusetzen. Sie forderten Wahlen in den Fabriken, um „die Arbeitersowjets wieder zu errichten“. Die IKL-Genossen erhielten breiten Beifall, als sie feststellten:

„Genossen, das sowjetische Proletariat hat mehr als jedes andere in diesem Jahrhundert leiden müssen. Aber, Genossen, ihr seid nicht allein. Es ist eine Lüge, daß die Arbeiter im Westen nicht kämpfen werden. Wieder einmal sind jetzt alle Augen nach Osten gerichtet – darauf schauend, ob das sowjetische Proletariat die Errungenschaften der Oktoberrevolution verteidigen wird! Die Errungenschaften von 1917 gehören nicht allein den sowjetischen Werktätigen. Sie sind das gemeinsame Erbe der internationalen Arbeiterbewegung. Die Imperialisten warten ab, ob die sowjetischen Werktätigen die Konterrevolution passiv schlucken werden.“

Wir sagen nein! Es ist Zeit, zurückzuholen, was uns gehört! Bildet Fabrikkomitees, um die Privatisierungen zu stoppen! Bildet Sowjets – wirkliche Sowjets, die auf Wahlen in den Fabriken basieren!“

Nachfolgend drucken wir Auszüge aus den Mitschriften unseres Reporters bei der Konferenz ab.

Gubanow (Ökonom, führendes Mitglied der OFT): Wir können sehen, wohin die Dinge abgleiten. Kein bewußter Arbeiter kann es zulassen, daß es so weitergeht. Nicht nur in Moskau gibt es eine Erneuerung der Arbeiterbewegung. Es gibt diejenigen, die sich für die Liquidierung der Sowjetmacht stark machen wollen. Offensichtlich müssen wir über Macht, Eigentum und Wirtschaftspolitik reden. Laßt uns die Perestroika bei ihrem richtigen Namen nennen – kapitalistische Konterrevolution!

Die Frage des Tages ist die Frage der Macht. Im Ober-

sten Sowjet sitzen fünf Prozent Arbeiter. Wir brauchen eine Wiederherstellung realer Sowjetmacht auf der Basis von Wahlen in den Fabriken. Brauchen die Arbeiter eine neue Partei? Natürlich, die Kapitalisten bauen schon alle ihre eigenen Parteien auf. Sie wissen genau, daß sie nicht an die politische Macht kommen ohne eine Partei.

Brauchen wir eine neue Partei? Das sagen viele Leute. Und viele Leute sagen, daß diese Partei nicht mehr kommunistisch ist. Und wenn wir von der Führung sprechen, dann müssen wir in der Tat sagen, daß sie nicht nur nicht kommunistisch, sondern sogar antikommunistisch ist. Wir haben eine Partei, aber wir müssen sie säubern.

Sprecher: Ich möchte besonders zum Problem der Frauen sprechen. Die Frauen arbeiten doppelt so hart; sie haben die schwerste Arbeit, und dann müssen sie in langen Schlangen warten, um uns zu bedienen, uns zu ernähren, um süß und nett zu bleiben, um uns wie Kinder ins Bett zu bringen.

Sprecher: Die Menschen ziehen über die Planwirtschaft her, aber dies ist keine wirkliche Planwirtschaft. Zuerst haben sie sie sabotiert, um sie dann als schreckliches Beispiel hochzuhalten. Unter Marktverhältnissen richtet sich die Produktion nach denen aus, die Geld zum Kaufen haben, nicht daran, was benötigt wird.

Kinderbetreuerin: Die Kindertagesstätte, die früher kostenlos war, soll nun eine unheimlich hohe Miete bezahlen. Im zweiten Stock unseres Gebäudes gibt es jetzt eine neumodische Restaurant-Kooperative, und im ersten Stock gibt es einen Kommissionsladen [der Spekulantpreise verlangt]. Und diesen Typen müssen wir jeden Tag ins Gesicht sehen, während wir die Kinder von Arbeitern ablehnen müssen, die die neuen Beiträge nicht bezahlen können!

Man hat uns unser Kinderzentrum geraubt. Ich habe Angst vor dem September, wenn die Kinder zur Schule kommen, nur um dann die Türen verschlossen zu finden. Ich appelliere an euch Arbeiter, laßt dies nicht zu, nicht nur mit Worten, sondern mit Taten.

Älterer Mann: Ich bin ein Hausmeister, und wenn ihr mir nicht glaubt, müßt ihr nur riechen, wie ich gerade von der Arbeit gekommen bin! Jahrzehntlang haben wir die Gebäude dieser Moskauer Region gebaut und instandgehalten. Während des Krieges haben wir das Blut unserer Familien vergossen, um diese Gebäude zu verteidigen, von denen sie uns jetzt sagen, daß wir sie „kaufen“ müßten! Diese Wohnungen „KAUFEN“! Welche Preise sollen wir für diese Wohnungen denn zahlen?

Und jetzt, wenn ich von der vorherigen Sprecherin über die Schließung der Kindertagesstätte höre, dann denke ich zurück, wie wir im Krieg zusammengehalten haben, wie diese Szene von Spekulanten, die Kinder verjagen, unmöglich gewesen wäre. Wir müssen handeln, damit wir in dieser Sache nicht verlieren. Wegen unserer Kinder macht mich das so wütend.

Sie sagen, daß all das, was wir in der Geschichte in der sowjetischen Wirtschaft getan haben, umsonst gewesen sei. Aber als wir von den mächtigsten Armeen der Welt angegriffen wurden, waren wir in der Lage, die Verlegung der Industrie aus diesem Moskauer Gebiet nach Sibirien zu organisieren – war das keine ökonomische Errungenschaft? Als wir es tun mußten, haben wir das Gesicht Europas verändert. Nun sollen wir machtlos sein, wenn man Kinder auf die Straße wirft. ■



Basil Blackwell Inc.

Linke Opposition demonstriert im sibirischen Exil am Jahrestag der Oktoberrevolution 1928: „Richtet das Feuer gegen die Rechten. Gegen Kulak, Nepmann und Bürokraten“; „Lang lebe die Diktatur des Proletariats“

Über Leo Trotzki konsequente Verteidigung des sowjetischen Arbeiterstaats

Die Absicht dieses Artikels ist es, die konkrete Politik zur Verteidigung der Sowjetunion zu diskutieren, die wir Trotzki für einen bürokratisch degenerierten Arbeiterstaat halten. Vor allem wollen wir die theoretische Grundlage dafür darlegen, daß wir die sowjetische Intervention in Afghanistan und die Unterdrückung der Konterrevolution der polnischen Solidarność 1981 durch das Jaruzelski-Regime unterstützt haben.

Zweifellos gibt es bei Linken in der UdSSR erhebliche Verwirrung über diese Frage, und dies liegt daran, daß Trotzki's Haltung zur Sowjetunion *einseitig* aufgefaßt wird. Diese Einseitigkeit stammt ohne Zweifel in hohem Maße daher, daß Trotzki's Politik von den meisten seiner heutigen selbsternannten Anhänger wissentlich entstellt wird: Ernest Mandel (Vereinigtes Sekretariat), Cliff Slaughter („Workers International to Rebuild the Fourth International“), die Moreno-Anhänger, Lutte Ouvrière, die Gruppe „Militant“ von Ted Grant usw. In dem einleitenden Teil von „Staat und Revolution“ bemerkt Lenin, daß rechtsgerichtete Revisionisten (insbesondere Kautsky) versucht haben, Marx so darzustellen, wie es „für die Bourgeoisie annehmbar ist“. In Rußland zum Beispiel wurde das marxistische Programm von Struwe bis zu den Menschewiki gleichgesetzt mit der bürgerlich-demokratischen Revolution gegen die zaristische Selbstherrschaft. Auf ähnliche Weise haben rechtsgerichtete Revisionisten versucht, Trotzki als einen antisowjetischen Sozialdemo-

kraten hinzustellen. Bei jedem größeren Konflikt des Kalten Krieges seit über einem Jahrzehnt – Afghanistan, Polens Solidarność, prowestliche sowjetische „Dissidenten“ und die baltischen Sezessionisten – haben die oben genannten „Trotzkisten“ die Partei der von den Imperialisten unterstützten Feinde des Sowjetstaates ergriffen.

Trotzki war keineswegs der einzige Linke in den 20er und 30er Jahren, der Stalin für seinen Verrat an der bolschewistischen Revolution und an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus verurteilte. Im Gegenteil, von links brandmarkten den Stalinismus solche bekannten Persönlichkeiten wie der Italiener Amadeo Bordiga, der Deutsche Hugo Urbahns, der Franzose Pierre Monatte, der Holländer Henricus Sneevliet und der Spanier Andrés Nin. Sie alle waren in der Kommunistischen Internationale zu Lenins Zeit anerkannte Führer gewesen. Sie waren damals keine unbedeutenden Leute. Jeder hatte anfangs in seinem Land wesentlich mehr Anhänger als Trotzki.

Trotzki unterschied sich von dem vielstimmigen Chor der erklärten antistalinistischen Linken vor allem durch eins: er bestand darauf, daß die Sowjetunion, auch wenn sie von einer bonapartistischen Bürokratie regiert wurde, immer noch ein Arbeiterstaat war und daher gegen einen imperialistischen Angriff von außen und gegen eine bürgerliche Konterrevolution im Innern verteidigt werden mußte. Die Vierte Internationale wurde aufgebaut in einem ständigen und scharfen politischen Kampf gegen

zahlreiche Zentristen, Ultralinke und Anarcho-Syndikalisten, die Trotzki's Position zur Russischen Frage ablehnten. Trotzki mußte auch zentristische Abweichungen bekämpfen, die bei seinen eigenen Anhängern aufkamen; die sich daraus ergebenden internen Kämpfe führten oft zu Spaltungen. Nicht wenige von Trotzki's ehemaligen Unterstützern verurteilten ihn später dafür, daß er Stalins Rußland verteidigte. Quantitativ sind Trotzki's externe und interne Polemiken gegen erklärte antistalinistische Linke mindestens so umfangreich wie seine Angriffe auf den Stalinismus.

Die meisten selbsternannten antistalinistischen Linken waren dagegen, daß die Sowjetunion in irgendeiner Hinsicht ein Arbeiterstaat ist. Sie lehnten es daher ab, die Sowjetunion bei Konflikten mit bürgerlichen Staaten zu verteidigen, besonders als Moskaus Politik gegen die sozialdemokratische und liberale öffentliche Meinung im Westen verstieß, wie 1929 beim sowjetisch-chinesischen Konflikt über die Ostchinesische Eisenbahn und wieder 1940 beim sowjetisch-finnischen Krieg. Diese beiden Konflikte brachten Trotzki in scharfen Gegensatz zur „antistalinistischen Linken“ und zu bedeutenden Teilen seiner eigenen Anhänger. In seiner Biographie über Trotzki schrieb Isaac Deutscher, in den 30er Jahren ein Führer der polnischen trotzkistischen Gruppe:

„...sein [Trotzkis] Verhalten stimmte mit dem, was er über die Sowjetunion als den Staat der Arbeiter gesagt hatte, logisch überein. Für diesen Staat fühlte er als Ausgestoßener genau die gleiche Verantwortung, die er als Mitglied des Politbüros und der Regierung Lenins getragen hatte. Er fand die Äußerungen selbstgerechter Empörung über die Sowjetpolitik, in denen sich einige seiner Schüler gefielen, töricht und billig; und er sagte ihnen unumwunden, daß er nichts mit ‚Trotzkisten‘ gemein hatte, die sich nicht zur unerschütterlichen, wenn auch kritischen Treue gegenüber dem Arbeiterstaat bekannten.“ (Trotzki, Bd. III, „Der verstoßene Prophet“, 1963)

Doch heute hat man wenig Verständnis für diese wichtige Seite von Trotzki's Einstellung – sein Sinn für Verantwortung für den sowjetischen Staat –, in Rußland wie im Westen. Warum ist das so? Bis Ende der 30er Jahre hatte Trotzki seine wichtigsten zentristischen Gegner politisch besiegt. Trotzkiismus war allgemein anerkannt als die revolutionäre linke Alternative zum Stalinismus. Keine der zentristischen Gruppierungen, gegen die Trotzki in den 30er Jahren gekämpft hatte, überlebte den Zweiten Weltkrieg. Heute sind so bedeutende linke Persönlichkeiten aus der Zeit zwischen den Weltkriegen wie Nin, James Maxton und Marceau Pivert hauptsächlich (wenn überhaupt) bekannt durch Trotzki's Polemiken gegen sie!

Doch bald entstanden zentristische Tendenzen innerhalb der vorgeblich trotzkistischen Bewegung. Die gleichen Positionen, gegen die Trotzki kämpfte, die gleichen Argumente, gegen die er polemisierte, kommen jetzt aus dem Mund von Mandel, Slaughter, Lutte Ouvrière, den Moreno-Anhängern u. a. Wir werden einen Überblick geben über eine Reihe von Trotzki's wichtigen politischen Kämpfen über die Russische Frage und werden die Ähnlichkeit zeigen zwischen den Positionen von Trotzki's Gegnern und den obengenannten „Trotzkisten“.

Der sowjetisch-chinesische Konflikt 1929

Die Ostchinesische Eisenbahn in der Mandschurei wurde vom zaristischen Rußland gebaut, auf einer Konzession, die es der untergehenden Mandschu-Dynastie abgerungen hatte. Nach der bolschewistischen Revolution übernahm die sowjetische Regierung die Eisenbahn und betrieb sie die ganzen 20er Jahre hindurch. 1929 verlangte

das neu gefestigte bürgerlich-nationalistische Regime von Tschiang Kai-schek – der gerade mit der Hilfe von Stalin und Bucharin eine beginnende proletarische Revolution niedergeschlagen hatte –, der Sowjetstaat solle die Eisenbahn an die chinesische Regierung übergeben. Das Stalin-Regime weigerte sich, und eine Zeitlang sah es so aus, als würde der Konflikt zum Krieg zwischen China und der Sowjetunion führen.

Die internationale Sozialdemokratie unterstützte Tschiangs Ansprüche energisch und brandmarkte die sowjetische Regierung für „roten Imperialismus“. Eine Reihe linker Gruppen, die mit der trotzkistischen Linken Opposition sympathisierten, nahmen im wesentlichen die gleiche Position ein, wie zum Beispiel die syndikalistische Gruppe von Pierre Monatte und Robert Louzon in Frankreich und Hugo Urbahns Leninbund in Deutschland. Manche erklärten Anhänger von Trotzki (z. B. der wichtigste Führer der belgischen Gruppe, Edouard Van Overstraeten) verurteilten ebenso Stalins Weigerung, die Eisenbahn an China abzutreten. Die französische Gruppe *Contre le Courant*, die den Anspruch erhob, Anhänger der Internationalen Linken Opposition zu sein, erklärte: „Die Opposition muß den Mut aufbringen, der Arbeiterklasse zu sagen, daß sie für die Stalinsche Bürokratie und ihren abenteuerlichen Krieg nicht Partei ergreifen wird“ [Hervorhebung im Original]. Hört sich das nicht bekannt an?

Trotzki wandte sich heftig gegen diese Position, in drei größeren Polemiken: „Der sowjetisch-chinesische Konflikt und die Aufgaben der Opposition“ (4. August 1929, Trotzki, *Schriften [TS]* Band 2.2); „Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition“ (7. September 1929, *TS* Band 1.1); und „Der chinesisch-sowjetische Konflikt und die Position der belgischen Linken Kommunisten“ (30. September 1929, *TS* Band 2.2).

Trotzki betonte: „In der Frage des chinesisch-sowjetischen Konflikts gibt es zwei grundlegende Positionen, die mit den wichtigsten Problemen der internationalen Revolution und der marxistischen Methode im Zusammenhang stehen.“ Er bestand darauf, daß der Sowjetstaat den Besitz an der Eisenbahn behalten sollte und daß die internationale Arbeiterklasse die Sowjetunion in einem Krieg mit China über diese Frage verteidigen muß. Auf prinzipieller Ebene argumentierte Trotzki, daß 1. die Verteidigung des Arbeiterstaats höher steht als das demokratische Recht auf nationale Selbstbestimmung, und daß 2. ein Arbeiterstaat das Recht und die Pflicht hat, soziale Revolutionen in anderen Ländern zu fördern, auch durch militärische Interventionen, wo es angebracht ist.

Der französische Syndikalist Louzon beteuerte, daß Anfang der 20er Jahre „die Rote Armee, getreu Lenins antiimperialistischer Politik, vor der chinesischen Grenze sorgsam (soigneusement) haltmachte: Es wurde kein Versuch gemacht, das Territorium der Ostchinesischen Eisenbahn zurückzuerobern.“ Auf dieses Argument erwiderte Trotzki:

„Die höchste Pflicht der proletarischen Revolution besteht demnach darin, vor den nationalen Grenzen respektvoll die Fahne zu senken. Darin besteht – nach Louzon – das Wesen der antiimperialistischen Politik Lenins! Man schämt sich, diese Philosophie der ‚Revolution in einem Lande‘ zu lesen. Die Rote Armee machte vor den Grenzen Chinas halt, weil sie nicht stark genug war, diese Grenze zu überschreiten und sich der dann unvermeidlichen Attacke des japanischen Imperialismus zu stellen. Wäre die Rote Armee stark genug für eine solche Offensive gewesen, so wäre es ihre Pflicht gewesen, sie zu unternehmen. Der Verzicht auf eine revolutionäre Offensive gegen die imperialistischen Kräfte.

Fortgesetzt auf Seite 12



Junge Soldaten der Roten Armee aus Zentralasien kämpften in Erfüllung ihrer internationalistischen Pflicht in Afghanistan, gegen den islamischen Feudalismus und um sozialen Fortschritt zu verteidigen

AP

Konsequente Verteidigung...

Fortsetzung von Seite 11

und im Interesse der chinesischen Arbeiter und Bauern und der proletarischen Weltrevolution hätte nicht nur Lenins Politik nicht entsprochen, sondern wäre ein schändlicher Verrat am ABC des Marxismus gewesen. Louzon und seine Freunde haben zu ihrem Unglück die internationalistisch-revolutionäre Politik durch eine nationalistisch-pazifistische ersetzt.“ („Die Verteidigung der Sowjetrepublik und die Opposition“, 7. September 1929, *TS* Band 1.1, Hervorhebung im Original)

War die sowjetische Armee nicht gleichermaßen verpflichtet, die von den Imperialisten bewaffneten und organisierten Mudschaheddin in Afghanistan zu bekämpfen, einem Land, das eine lange Grenze mit der UdSSR teilt?

Trotzki griff diejenigen Linken scharf an, die die sowjetische Politik in China mit der der westlichen und japanischen Imperialisten verglichen:

„Aus einer marxistischen Sichtweise ist der Imperialismus die höchste Entwicklungsstufe des Kapitalismus und nur auf einer kapitalistischen Basis vorstellbar. Für Louzon ist der Imperialismus eine Politik von ‚Interventionen‘ und ‚Eroberungen‘ im *allgemeinen*, unabhängig vom Regime, von den Bedingungen und den Zielen, unter denen diese ‚Interventionen‘ und ‚Eroberungen‘ durchgeführt werden. Deshalb ist die Klassendefinition des Sowjetregimes ein grundlegendes Postulat in der ganzen Auseinandersetzung.“ („Problems of the International Left Opposition“, *Bulletin of the Opposition* Nr. 6, Oktober 1929)

Trotzdem plapperten die meisten pseudotrotzkistischen Gruppen im Westen die liberale und sozialdemokratische Propaganda nach, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan vergleichbar sei mit der Intervention Amerikas in Vietnam. *Lutte Ouvrière* (2. Juni 1984) hat zum Beispiel geschrieben:

„Die afghanischen Widerstandskämpfer machen zweifellos den islamischen Fundamentalisten Chomeinis Konkurrenz, aber das rechtfertigt in keiner Weise die Tatsache, daß die Sowjetunion sich dort genauso auführt wie irgendeine andere imperialistische Macht, so wie Frankreich in Algerien und dann die USA in Vietnam aufgetreten sind.“

Die meisten Pseudotrotzkisten verdammt die sowjetische Intervention in Afghanistan von einem Standpunkt aus, den Trotzki 1929 „national-pazifistisch“ genannt hat. Eine denkwürdige Ausnahme stellten die Morenoisten

dar, deren italienische Gruppe sogar für die Ausweitung der islamischen Konterrevolution auf die zentralasiatischen Republiken der Sowjetunion eintrat:

„Die Möglichkeit der Ausweitung der iranischen Revolution innerhalb der Grenzen der UdSSR ist es, was der Kremlbürokratie Schrecken einjagt. Die sowjetische Grenzbevölkerung, mit der in Iran und Afghanistan durch religiöse, kulturelle und rassische Gemeinsamkeiten verbunden, kann durch die Radikalisierung der Gegend infiziert werden, sie kann zum Protagonisten bei einer antibürokratischen Mobilisierung innerhalb des Arbeiterstaates werden ...“ (*Avanzata Proletaria*, 12. Januar 1980)

Auf charakteristisch groteske Weise drücken die Morenoisten hier aus, was allen pseudotrotzkistischen Gruppen gemeinsam ist: eine Tendenz, im Namen von „Antistalinismus“ selbst mit den reaktionärsten Kräften gemeinsame Sache zu machen.

Während des chinesisch-sowjetischen Konflikts 1929 argumentierte der Führer der belgischen trotzkistischen Gruppe, Van Overstraeten: „Ein Angebot, ganz einfach die östliche Eisenbahn zurückzugeben, würde den chinesischen Massen direkt die vollständige Falschheit des Vorwurfs des roten Imperialismus zeigen, der von Tschiang Kai-schek gegen die Sowjetunion erhoben worden ist.“ Auf dieses Argument antwortete Trotzki:

„Hier wird die Rückgabe der Eisenbahn an den Feind betrachtet vom Gesichtspunkt der Propaganda und der besten Methoden, Tschiang Kai-schek zu demaskieren. Aber wenn das Argument weitergeführt wird, folgt daraus, daß Sowjetrußland durch die Ablieferung all seiner Waffen an seine bürgerlichen Nachbarn besser als durch irgendeine andere Art die Anklage des roten Militarismus zurückweisen könnte. Der beste Weg, zu zeigen, daß man niemanden angreifen will, ist, sich selbst den Hals abzuschneiden.“ („Problems of the Left Opposition“)

Ein Pazifist war Trotzki nicht.

Unter Anwendung exakt der gleichen Methode wie Van Overstraeten verurteilte das Vereinigte Sekretariat von Ernest Mandel die sowjetische Intervention in Afghanistan, weil sie der imperialistischen Propaganda in die Hände spielen würde und dadurch die westeuropäische „Friedensbewegung“ stören würde. Die Mandelianer behaupteten, die sowjetische Intervention sei eine Verstärkung für

„die imperialistische Rechtfertigung für die Wiederaufnahme des Wettrüstens, unter dem Vorwand, daß die

Sowjetunion in Afghanistan zeigt, daß sie vorhat, Gewalt anzuwenden, um Regime zu errichten, die ihr loyal sind. Die Afghanistan-Affäre hat schon die Bemühungen der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Ländern gegen die Aufrüstung des nuklearen Waffenarsenals in Europa und im Westen zunichte gemacht.“ (Intercontinental Press, 3. März 1980)

Man beachte, daß Mandel & Co. hier die Linie der gorbatschowistischen Propagandisten vorweggenommen haben, die behaupten, daß Breschnjews „Abenteurertum“ in Afghanistan die Offensive des neuen Kalten Krieges durch den NATO-Block, allen voran Reagans USA, provoziert hätte.

Ein letzter Punkt zu Afghanistan: Es gibt in der UdSSR Linke, die sich nicht aus Prinzip gegen sowjetische Militärinterventionen stellen, sondern meinen, daß diese Intervention die Sache des sozialen Fortschritts in Afghanistan zurückgeworfen habe. Unsere Einschätzung ist eine andere (siehe: „Afghanistan: Civil War and Social Progress“ [Afghanistan: Bürgerkrieg und sozialer Fortschritt], Workers Vanguard Nr. 488 und 489, 27. Oktober und 10. November 1989). Aber der theoretischen Klarheit zuliebe laßt uns das Argument akzeptieren, daß die Moskauer Politik in Afghanistan – politisch und militärisch – kontraproduktiv war. Die korrekte Politik für proletarische Internationalisten war es, zu verlangen, daß die sowjetischen Streitkräfte in Afghanistan wirksame Taktiken anwenden und ein revolutionäres Sozialprogramm in die Wege leiten, nicht ihren Rückzug zu verlangen.

Bei zahlreichen Gelegenheiten hat Trotzki die Sowjetunion unter Stalin mit einer Gewerkschaft in einem kapitalistischen Land verglichen, die von einer durch und durch korrupten und politisch reaktionären Bürokratie beherrscht wird. Wenn solche Gewerkschaften in den USA und Westeuropa einen Streik ausrufen, dann wenden sie häufig Taktiken an, die einen Erfolg des Streiks verhindern, und sie stellen jämmerlich niedrige Forderungen an die Unternehmer. Trotzdem unterstützen wir diese Streiks massiv, während wir gleichzeitig für effektive Klassenkampfaktiken auftreten und für Forderungen, die den Bedürfnissen der Arbeiter entsprechen. Wir fordern nie die Gewerkschaften auf, den Streik einfach aufzugeben und zu akzeptieren, daß die Bosse gewonnen haben.

Der Prozeß von 1931 gegen die ehemaligen Menschewiki

1931 stellte das Stalin-Regime eine Reihe von hohen Funktionären in der Wirtschaftsverwaltung vor Gericht und verurteilte sie auch, alles ehemalige Menschewiki (d. h. Mitglieder oder enge Unterstützer der menschowistischen Organisation während des Bürgerkrieges von 1918–21). Sie waren angeklagt und gestanden es auch, Wirtschaftssabotage unter der Anleitung der emigrierten menschowistischen Zentrale begangen zu haben. Damals glaubte Trotzki, daß die ehemaligen Menschewiki zu Recht angeklagt seien und zog die folgende politische Schlußfolgerung:

„Man kann nicht zu ‚reiner‘ Demokratie übergehen, ohne zum Kapitalismus überzugehen. Man kann nicht zum Kapitalismus übergehen, ohne Agent der imperialistischen Bourgeoisie zu werden. Durch ihre Klassenzugehörigkeit ist die Rolle der Menschewiki in der UdSSR in keiner Weise verschieden von der Rolle der Labour Party in Großbritannien oder der Sozialdemokraten in Deutschland.“ („The Real Disposition of the Pieces on the Political Chessboard“, Bulletin of the Left Opposition Nr. 21–22, April 1931)

Fünf Jahre später revidierte Trotzki seine Einschätzung in diesem besonderen Fall. Er kam zu dem Schluß, daß Stalin den ehemaligen Menschewiki einen Schauprozeß gemacht und sie dabei zu falschen Geständnissen gezwungen

hatte. Aber Trotzki revidierte nicht seine Position zur grundlegenden Herangehensweise in dieser Frage. Er unterstützte die strafrechtliche Verfolgung von Funktionären durch die sowjetische Regierung, die sich vorsätzlich an der Sabotage der Wirtschaft beteiligten, gerade so, wie er die Bestrafung von Spionen der imperialistischen Mächte befürwortete. Er verteidigte niemals pauschal alle internen Gegner des stalinistischen Regimes, egal, was sie getan hatten. In jedem Einzelfall erwog er sorgfältig, ob diejenigen, um die es jeweils ging, tatsächlich eines Verbrechens gegen den Arbeiterstaat schuldig waren oder nicht.

Wir nehmen dieselbe Haltung ein im Hinblick auf prowestliche sowjetische „Dissidenten“. Zum Beispiel in den Fällen der Haftstrafe von Anatoli Schtscharanski 1978 und der Verbannung von Andrej Sacharow 1980.

Schtscharanski propagierte nicht einfach nur rechte zionistische Ansichten. Er gab einem amerikanischen Journalisten, Robert Toth, Informationen über eine Reihe von sowjetischen Juden, denen nicht erlaubt wurde zu emigrieren, weil sie aufgrund ihrer Arbeit Zugang zu militärischen Geheimnissen hatten. Daraufhin veröffentlichte Toth einen detaillierten Bericht über diese Vorgänge in der amerikanischen Presse. Ein amerikanischer Regierungsvertreter gab zu: „Was Schtscharanski getan hat, war letztlich eine Liste von geheimen Verteidigungseinrichtungen an Toth zu geben.“ Wir hatten als Schlagzeile auf der Titelseite von Workers Vanguard Nr. 212 (28. Juli 1978) „Schtscharanski ist schuldig wie nur was!“

Dennoch sprangen eine Reihe von Pseudotrotzkisten für Schtscharanski in die Bresche. Lutte Ouvrière (5. August 1978) schrieb in bürgerlich-liberalem Stil:

„... das wirkliche Problem ist die Freiheit, ihre Ideen zu verteidigen, all ihre Ideen in allen Bereichen, die nicht nur Schtscharanski, sondern jeder in der UdSSR genießen können sollte, und vor der die solche Angst haben, daß sie sie mit größter Brutalität ersticken.“

Als ob die Freiheit, stalinistische Regime zu kritisieren, das Recht beinhalten würde, westliche bürgerliche Journalisten mit Informationen über sowjetische Militärgeheimnisse zu beliefern! Die britische Workers Revolutionary Party, deren Chef-„Theoretiker“ Cliff Slaughter war, legte sich mächtig für Schtscharanski ins Zeug. Ihre Zeitung Newline (19. Juli 1978) verglich den Prozeß gegen diesen Kollaborateur des amerikanischen Imperialismus mit den Moskauer Prozessen der 30er Jahre, d. h. mit Stalins Justizmord an den überlebenden Führern der bolschewistischen Revolution! Bezeichnenderweise haben weder Lutte Ouvrière noch die WRP Schtscharanskis zionistische Poli-

Fortgesetzt auf Seite 14

Platforma Spartakusowców

Pismo Spartakusowskie Grupy Polski, sympatyzującej sekcji Międzynarodowej Ligi Komunistycznej (Czwarto-Międzynarodówkowej)

4 numery: 4000 zł

konto: Platforma Spartakusowców nr 93549-135874-136 NBP IV Oddział PKO Wrocław

Platforma SPARTAKUSOWCÓW

ROZSZERZMY ROBOTNICZY OPÓR PRZECIW KAPITAŁISTYCZNYM ATAKOM!

Dokąd zmierzka Związek Radziecki? Proimperialistyczny „demokraci“, twar doliniowi i Gorbaczow

Konsequente Verteidigung...

Fortsetzung von Seite 13

tik kritisiert oder auch nur erwähnt, obwohl er mit ultrarechten, faschistischen Elementen in Israel in Verbindung stand.

Sacharow hat nicht nur öffentlich die sowjetische Militärintervention in Afghanistan verdammt. Er rief die westlichen Regierungen auf, „darauf zu drängen, daß die [UNO-] Resolution für den vollständigen Abzug aller fremden Truppen aus Afghanistan umgesetzt wird“ (*New York Times*, 25. Januar 1980). Mit anderen Worten, er trat für imperialistischen Wirtschaftskrieg ein gegen die Sowjetunion und für ihre militärische Erpressung. Dies wurde sehr deutlich in Sacharows erstem Offenen Brief aus Gorki:

„Die sowjetische Invasion in Afghanistan ist von einhundertvier Nationen verurteilt worden, aber der Krieg dort geht weiter und es ist kein Ende in Sicht. Wirtschaftliche und politische Sanktionen sind extrem wichtig; sie können dazu beitragen, den verantwortungsbewußteren, undogmatischen Mitgliedern der sowjetischen Führung den Rücken zu stärken.“ (*New York Times Magazine*, 8. Juni 1980)

Die *Newsline* der WRP (25. Januar 1980) brachte die Schlagzeile „Laßt Andrej Sacharow frei“ und schrieb, daß seine Bestrafung „zeigt, daß die Bürokratie die wachsende Kritik an ihrer Politik aus den Reihen der Intelligenz nicht tolerieren kann aus Furcht, daß dies die millionenstarke sowjetische Arbeiterklasse beeinflussen könnte“. Ein Aufruf zu imperialistischer wirtschaftlicher Erpressung und militärischer Aufrüstung gegen die Sowjetunion wird hier verharmlost zu „wachsender Kritik“ an der Politik der Bürokratie. Wie wäre die Regierung von Lenin und Trotzki mit einem prominenten Intellektuellen umgegangen, der sich aktiv für eine imperialistische Wirtschaftsblockade eingesetzt hätte und darüber hinaus die westlichen Mächte aufgefordert hätte, ihre Rüstung zu steigern, um Druck auf die sowjetische Regierung auszuüben?

Der Hitler-Stalin-Pakt und der sowjetisch-finnische Krieg 1940

Ende der 30er Jahre sah sich Trotzki einer zunehmenden Tendenz unter seinen Anhängern gegenüber, besonders bei impressionistischen Intellektuellen, die Position zu verwerfen, daß die Sowjetunion ein Arbeiterstaat ist. Diese Tendenz reflektierte zwei zusammenhängende Faktoren: 1. eine ungeheure moralische Empörung über das mörderische Delirium des Stalin-Regimes (die Moskauer Prozesse); und 2. die allgemeine Tendenz von liberalen und sozialdemokratischen Intellektuellen im Westen, Nazideutschland und Stalins Rußland unter dem Begriff „Totalitarismus“ gleichzusetzen.

1937 trat ein junger französischer trotzkistischer Intellektueller, Yvain Craipeau, mit der Position hervor, daß die stalinistische Bürokratie eine neue Ausbeuterklasse geworden sei. Trotzki antwortete mit einer Polemik „Noch einmal: die UdSSR und ihre Verteidigung“ (*TS* Band 1.2). Etwa zur gleichen Zeit verkündeten zwei führende Intellektuelle in der amerikanischen trotzkistischen Partei, James Burnham und Joseph Carter, die Position, daß die Sowjetunion kein Arbeiterstaat mehr sei, aber auch kein bürgerlicher Staat. Trotzki's Antwort „Weder proletarischer noch bürgerlicher Staat?“ bekräftigte noch einmal seine Grundposition:

„Die UdSSR als Arbeiterstaat entspricht nicht der ‚traditionellen‘ Norm. Das heißt nicht, daß sie kein Arbeiterstaat ist. Ebenso wenig heißt das, daß sich die Norm als falsch erwiesen hat. Die ‚Norm‘ ist auf den vollständigen Sieg der proletarischen Weltrevolution ausgelegt.

Die UdSSR ist nur der teilweise und entstellte Ausdruck eines zurückgebliebenen und isolierten Arbeiterstaates.“ (*TS* Band 1.2)

In dieser Polemik betonte Trotzki auch die grundlegende Feindschaft der imperialistischen Staaten gegen die Sowjetunion, trotz Stalins konterrevolutionärer Außenpolitik:

„Trotz aller Anstrengungen der Moskauer Clique, ihre konservative Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen (Stalins konterrevolutionäre Politik in Spanien!) mißtraut der Weltimperialismus Stalin, verschont ihn nicht mit erniedrigenden Nasenstüßern und ist bereit, ihn bei der erstbesten Gelegenheit zu stürzen... Der faschistischen wie der demokratischen Bourgeoisie reichen Stalins einzelne konterrevolutionäre Taten nicht aus; sie benötigt eine vollständige Konterrevolution in den Eigentumsverhältnissen und die Öffnung des russischen Marktes. Solange das nicht der Fall ist, hält sie den Sowjetstaat für feindlich. Und hat recht damit.“ (*TS* Band 1.2)

Die Wahrheit in dieser Aussage zeigte sich während des Kalten Krieges noch deutlicher als Ende der 30er Jahre, als Trotzki dies schrieb. Dennoch halten Mandel, Slaughter, die Morenoisten u. a. die Ansicht aufrecht, daß die grundlegende Beziehung zwischen der UdSSR und dem imperialistischen Westen eine *Kollaboration* war, die revolutionären Kräfte in der Welt zu unterdrücken.

Der Hitler-Stalin-Pakt im August 1939, die darauf folgende Besetzung Ostpolens durch die Rote Armee und der sowjetisch-finnische Krieg riefen eine Welle von anti-sowjetischer Hysterie in den westlichen bürgerlichen Demokratien hervor. In der amerikanischen Öffentlichkeit gab es fast einhellige Unterstützung für das „kleine, demokratische“ Finnland gegen „sowjetischen Imperialismus“. Diesen Druck widerspiegelnd, rebellierte eine große Fraktion der amerikanischen Socialist Workers Party – damals die stärkste Sektion der Vierten Internationale – gegen die Verteidigung der Sowjetunion. Die Fraktion wurde von Max Shachtman und James Burnham angeführt, wobei der letztere Trotzki verdammt für seine „Verteidigung des stalinistischen Staates und seiner Armee“. Dieser politische Kampf gegen seine ehemaligen Anhänger beherrschte die letzte Periode von Trotzki's Leben. Seine Polemiken sind in dem Buch *Verteidigung des Marxismus* zusammengefaßt.

Die Opposition gegen Trotzki nannte sich Unterstützer des „Dritten Lagers“ – sowohl gegen die stalinistische Sowjetunion als auch gegen den kapitalistischen Westen. Die Position des „Dritten Lagers“ zum sowjetisch-finnischen Krieg wurde unverblümt von Joseph Carter vortragen:

„Wir sind gegen Rußlands Krieg, weil er eine direkte Fortführung der stalinistischen reaktionären Politik der bürokratischen Expansion ist (heute symbolisiert durch das Stalin-Hitler-Bündnis); d. h. er steht ausschließlich im Interesse der konterrevolutionären Bürokratie (und des deutschen faschistischen Imperialismus).

Die russischen Vierten Internationalisten und die russischen Massen haben Stalins Krieg gegen Polen und Finnland weder verlangt noch willkommen geheißen. Sie haben durch einen Sieg der Roten Armee nichts zu gewinnen. Im Gegenteil, der Sieg von Stalin in diesem Krieg, besonders wenn er durch die freiwillige Unterstützung der Massen und der Revolutionäre erreicht wird, würde nur die stalinistischen Unterdrücker der Arbeiter und Bauern stärken, deren Sturz das hauptsächlich strategische Ziel der Vierten Internationale in Rußland sein sollte.“ („Our Strategy in the Soviet Union in the Present War: For Revolutionary Defeatism – For the Third Camp“)

Methodologisch drückt der Carter des „Dritten Lagers“ hier sehr deutlich eine *Perversion* des Trotzismus aus, wie sie auch von einer ganzen Reihe heutiger rechter Revisionisten praktiziert wird – Mandel, Slaughter, Lutte Ouvrière, den Morenoisten. Trotzki versuchte, die stalinistische Bürokratie vor allem deswegen zu stürzen, weil sie den Erhalt und die Verteidigung der Sowjetunion in tödlicher Weise unterminierte. Carter unterstützte die Niederlage des sowjetischen Staates, um das stalinistische Regime zu stürzen, das er als den Hauptfeind der sowjetischen Massen ansah.

Die Haltung der trotzkistischen Mehrheit in der SWP zum sowjetisch-finnischen Krieg wurde in einer internen Parteidiskussion so zusammengefaßt:

„Für die Vierten Internationalisten in der Sowjetunion: Sowjetpatriotismus – der Hauptfeind ist der Weltimperialismus. Bedingungslose Verteidigung der Sowjetunion gegen die kapitalistische Welt. Unversöhnlicher Kampf zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, die das Weltproletariat verrät und die Verteidigung der Sowjetunion unterminiert. Unablässige Kritik und Bloßstellung der stalinistischen Methoden, den Krieg zu beginnen und zu führen, aber nicht das geringste Abweichen von der materiellen und militärischen Unterstützung. Die Vierten Internationalisten in der Sowjetunion werden die besten Soldaten in der Roten Armee sein und sie zum Sieg über die imperialistischen Banditen und stalinistischen Verräter inspirieren.“

Trotzki faßte die Art und Weise zusammen, in der der finnische Krieg von der westlichen Propagandakampagne gegen die Sowjetunion ausgeschlachtet wurde, wobei er ihn mit der Besetzung des von Menschewiki regierten Georgiens 1921 durch die Rote Armee verglich:

„Die Sowjetrepublik sowjetisierte 1921 gewaltsam Georgien, das ein offenes Tor für einen imperialistischen Angriff im Kaukasus darstellte. Vom prinzipiellen Standpunkt der nationalen Selbstbestimmung hätte man ziemlich viel gegen eine solche Sowjetisierung einwenden können. Von dem Standpunkt aus, daß der Kampfplatz der sozialistischen Revolution ausgedehnt werden müsse, war die militärische Intervention in einem Agrarland mehr als zweifelhaft. Vom Standpunkt der Selbstverteidigung eines Arbeiterstaates, der von Feinden umzingelt ist, war die gewaltsame Sowjetisierung gerechtfertigt: Der Schutz der sozialistischen Revolution hat Vorrang vor formalen demokratischen Grundsätzen.

Der Weltimperialismus benutzte lange Zeit die Frage der Gewaltanwendung als die Sammellosung, um die öffentliche Weltmeinung gegen die Sowjets aufzubringen. Die Zweite Internationale übernahm die Führung in dieser Kampagne...

Genauso wie im Fall Georgiens nutzte die Weltbourgeoisie die Invasion in Finnland dazu aus, die öffentliche Meinung gegen die Sowjetunion zu mobilisieren. Auch in diesem Fall trat die Sozialdemokratie als die Vorhut des demokratischen Imperialismus auf. Das unglückliche ‚dritte Lager‘ der in Panik versetzten Kleinbourgeoisie bildete die Nachhut.“ („Bilanz der finnischen Ereignisse“, 25. April 1940)

Und in exakt derselben Weise machte sich der Weltimperialismus die Intervention in Afghanistan zunutze, um die öffentliche Meinung gegen die UdSSR zu mobilisieren, wobei die Pseudotrotzkisten diesmal als Nachhut dieser antisowjetischen Kampagne auftraten.

Das Vorrücken der sowjetischen Streitkräfte nach Westen 1939/40 stellte die Trotzkisten vor die Frage, welche Haltung sie einnehmen sollten angesichts des Sturzes der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die die Kreml-

Bürokratie durchgeführt hatte. Zu dieser Frage schrieb Trotzki:

„Die Enteignung der Privateigentümer in Polen wie in Finnland ist an und für sich ein fortschrittlicher Faktor. Die bürokratischen Methoden des Kreml nehmen in diesem Prozeß genau den gleichen Platz ein wie einst die dynastischen Methoden der Hohenzollern bei der Vereinigung Deutschlands. Immer wenn wir vor der Notwendigkeit stehen, zwischen der Verteidigung reaktionärer Eigentumsformen durch reaktionäre Mittel und der Einführung fortschrittlicher Eigentumsformen durch bürokratische Methoden zu wählen, setzen wir die beiden Möglichkeiten keineswegs gleich, sondern wählen das kleinere Übel. („Von einer Schramme – zur Gefahr der Knochenfäule“, 24. Januar 1940)

Die sowjetische Besetzung Ostpolens 1939/40 nahm die Besetzung Osteuropas nach 1945 vorweg. Als eine defensive Antwort auf den Druck des amerikanischen Imperialismus enteignete der Kreml die osteuropäischen Bourgeoisien durch seine lokalen Agenten und etablierte eine neue wirtschaftliche und politische Ordnung in Anlehnung an die stalinistische UdSSR. Man sollte dabei auch nicht außer acht lassen, daß sich die osteuropäischen stalinistischen Regime anfangs einer beträchtlichen Unterstützung in der Arbeiterklasse erfreuten. Nach erheblichem Zögern und konfusen Debatten charakterisierte die rekonstituierte trotzkistische Bewegung nach dem Krieg die osteuropäischen „Volksdemokratien“ als bürokratisch deformierte Arbeiterstaaten.

Diese Konfusion gibt es auch heute. Lutte Ouvrière hält weiterhin daran fest, daß diese Staaten „staatskapitalistisch“ seien (was auch immer das heißen mag), weil die Bourgeoisie nicht durch eine proletarische Revolution gestürzt worden sei.

Wenn man die Logik von Lutte Ouvrières Position akzeptiert, müßte man auch zu der Schlußfolgerung kommen, daß große Teile der augenblicklichen UdSSR staatskapitalistisch seien – die kaukasischen Republiken, die westliche Ukraine, Moldawien, die baltischen und zentralasiatischen Republiken. 1920/21 wurden Armenien und Georgien – damals größtenteils bäuerliche Gesellschaften – durch die Rote Armee von Lenin und Trotzki erobert, gegen den Widerstand der politisch vorherrschenden kleinbürgerlichen Nationalisten – die Mussavat, Daschnaki beziehungsweise Menschewiki. Die turksprachigen Regionen Zentralasiens – wo es kaum einheimisches Proletariat gab – wurden in den 20er Jahren von oben sowjetisiert. Die Rote Armee mußte einen bewaffneten Aufstand von turksprachigen islamischen Fundamentalisten, den Basmaçi, niederschlagen, die politisch den afghanischen Mudshaheddin sehr ähnlich waren.

Der Kern all dieser Konflikte und Dispute – von Georgien bis Afghanistan – ist, daß ein Arbeiterstaat eine *Waffe* im Klassenkampf ist, genauso wie eine Gewerkschaft, ein Fabrikkomitee, eine Arbeitermiliz oder ein Arbeiterrat. Daß die Sowjetunion von einer parasitären und politisch konterrevolutionären Kaste beherrscht wird, setzt nicht ihre fortschrittliche historische Rolle als Arbeiterstaat außer Kraft. ■

Spartakist-Treffpunkte

Berlin	Donnerstag von 18.00 bis 21.00 Uhr Linkstreiff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65, U-Bahn Nauener Platz
Halle	Donnerstag von 16.00 bis 20.00 Uhr Comcenter, Raum 30, Leninallee 70 Halle 4020, Telefon: Halle 2 90 55

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 1

letariat, das im Bergarbeiterstreik des Sommers 1989 seine Fähigkeit zur militanten Aktion auf dramatische Weise gezeigt hatte, hat nichts von sich hören lassen. Widerstand in den Fabriken gegen die verheerenden Folgen des kapitalistischen Ansturms könnte einen riesigen Riegel verschieben und die schnelle Konsolidierung der Konterrevolution verhindern.

Der sowjetische Stalinismus hat seinen letzten erbärmlichen Atemzug getan. Sogar noch bis zum Putsch setzten viele der fortgeschrittensten Arbeiter, die gegen Jelzins Pläne zur umfassenden Privatisierung sind und gegen Gorbatschows Marktformen, auf den sogenannten harten „patriotischen“ Flügel der Bürokratie. *Für solche Illusionen ist kein Platz mehr.*

Das Scheitern des Putsches und die Vormachtstellung der Konterrevolution ist im jetzigen Augenblick ein Stützpfeiler der „Neuen Weltordnung“, die von Bush verkündet wurde und in der die USA die militärische Vorherrschaft haben. Nach der Vernichtung des Irak droht Amerikas siegestrunkenen und rachsüchtigen herrschenden Klasse, ihre Wut, die nicht mehr gezügelt wird durch die Abschreckungskraft einer mächtigen UdSSR, gegen unzählige Völker in aller Welt zu richten. Besonders hat Bush Kuba im Fadenkreuz, und dessen Verteidigung ist mehr denn je die Pflicht aller Gegner des Yankee-Imperialismus.

Deutschland war der größte Gorbis-Fan unter den imperialistischen Staaten, nicht zuletzt wegen dessen Rolle als Patenonkel des wiedervereinigten Deutschen Reichs. Es ist zum Teil Ausdruck innerimperialistischer Rivalitäten, daß die USA nach einigem Hin und Her Jelzin als ihren Liebling auserkoren. Aber Bonn ist auf den Zug aufgesprungen und macht dem großrussischen Führer Avancen. Die Frankfurter Bankiers wollen einen direkten Zugriff auf die Erz-Vorkommen der Sowjetunion, schon jetzt ist die Sowjetunion Deutschlands Hauptlieferant von Erdgas und Erdöl. Fünfzig Jahre nach dem Unternehmen Barbarossa will die Bourgeoisie von Auschwitz mit DM erobern, was Hitler mit Panzern nicht geschafft hat. Mit der Ankündigung, daß sie nie die Eingliederung der baltischen Staaten in die Sowjetunion anerkannt hätten – was ja die Wehrmacht schon 1941 demonstriert hat – berufen sich Kohl/Genscher auf die „historische Verantwortung der Deutschen“ und wollen Estland, Lettland und Litauen „heim ins Vierte (D-Mark-) Reich holen“. Der deutsche Imperialismus will das Baltikum zur wirtschaftlichen Drehscheibe der Ausbeutung des russischen Marktes machen. Wie schon bei der kapitalistischen Wiedervereinigung ist die SPD auch bei der Zerstückelung Jugoslawiens und der UdSSR der Vorastrupp der Bonner Koalition. Aber selbst das raubgierige deutsche Kapital hat jetzt Verdauungsprobleme, nachdem es Polen ausgeblutet und sich die ehemalige DDR einverleibt und dabei deren Wirtschaft ruiniert hat.

Seit Stalins bürokratischer Usurpation der Macht im Jahre 1924 führten Leo Trotzki und die Linke Opposition einen unerbittlichen Kampf für das internationalistische Programm der bolschewistischen Revolution. Unter den tödlichen Schlägen von stalinistischem Terror und Verleumdung gaben die Trotzkiisten nicht auf als die besten und die einzigen konsequenten Verteidiger der verbleibenden revolutionären Errungenschaften. Heute führt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) diesen Kampf weiter.

Stalinismus war die politische Herrschaft einer bürokratischen Kaste, die wie ein Parasit auf den proletarischen Eigentumsformen saß, die durch die Oktoberrevolu-

tion von 1917 geschaffen worden sind. Ob es die blutigen Säuberungen der 30er Jahre waren oder die unzähligen „Reformen“ von Chruschtschow und anderen: dieses System, das auf Lügen und Unterdrückung der Arbeiterklasse beruhte, blockierte nicht nur den weiteren Fortschritt in Richtung Sozialismus, sondern verstopfte auch jede Pore der sowjetischen Gesellschaft. Im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“ hatte man jahrzehntelang aus dem Proletariat Selbstaufopferung herausgeholt. Gorbatschows Perestroika war dann der letzte verzweifelte Versuch der stalinistischen Bürokratie, ihre Position zu bewahren, indem sie kapitalistische Methoden übernahm. Doch wie die Aufrufe von Nikolai Bucharin Ende der 20er Jahre an die reichen Bauern (Kulaken): „bereichert euch“, so schürte Perestroika die Kräfte der kapitalistischen Restauration. Diese haben jetzt mit Jelzins Gegenputsch Oberwasser bekommen.

Boris Jelzin ist kein „Westler“ – er ist ein extremer russischer Chauvinist, der die Sowjetunion an den Westen *ausverkaufen* will. Er steht in Beziehung zu einem rechts-extremen rassistischen Verein in den USA, der sich „Free Congress Foundation“ nennt (zu dessen osteuropäischen Agenten gehören auch berüchtigte Nazi-Kollaborateure). Dieser nimmt für sich in Anspruch, Jelzin und seinen Stab darin „ausgebildet“ zu haben, wie man die Macht ergreift. Jelzins Gesetze werden von Beratern entworfen, die von der US-Regierung geliefert wurden. Eine der ersten Taten von Jelzin als Moskauer Parteichef Mitte der 80er Jahre bestand darin, die antisemitischen Faschisten von Pamjat als legitim anzuerkennen, als sie aus ihren Rattenlöchern hervorkrochen. Er verspricht zwar den Werktätigen, daß der freie Markt ihnen Wohlstand bringen wird, doch in Wirklichkeit wird er dazu führen, daß all das ausgelöscht wird, was alle sowjetischen Arbeiter noch bis vor kurzem für selbstverständliches Recht gehalten haben: ein sicherer Arbeitsplatz, kostenlose medizinische Versorgung und eine Ausbildung für ihre Kinder – alles Errungenschaften, die auf der Kollektivierung der Wirtschaft beruhen.

Die Alternative, vor die der sowjetische bürokratisch degenerierte Arbeiterstaat gestellt war, ist immer gewesen: Konterrevolution oder Trotzkiismus. Heute ist der Stalinismus tot. Um die blutigen Pläne von Bush, Jelzin und ihren konterrevolutionären Scharen zu durchkreuzen, kommt es entscheidend darauf an, möglichst schnell einen trotzkiistischen Kern in der Sowjetunion zu schmieden und diejenigen Elemente in der Arbeiterbewegung, in der Armee und in der ganzen Gesellschaft umzugruppieren, die für das Programm des Oktober kämpfen wollen.

Das Fiasko des Perestroika-Putsches

Als sich zu Beginn des Putsches die Menge aus Yuppies, Studenten und diversen russischen Nationalisten, darunter Faschisten und Priester, vor dem russischen Parlament, Jelzins „Weißem Haus“, versammelte, war ein Aufruf an die Moskauer Arbeiter angebracht, diesen konterrevolutionären Haufen wegzuräumen. Doch die Putschverschwörer haben nicht nur die Arbeiter nicht mobilisiert, sondern haben auch angeordnet, daß jeder bei der Arbeit oder zu Hause bleiben soll. Die Arbeiterklasse tat das auch, und Jelzins Aufruf zu einem Proteststreik wurde nicht befolgt. Doch die „Genossenschaftler“ des freien Unternehmertums und die selbsternannten „Demokraten“ des Kleinbürgertums strömten auf die Straße, berauscht vom Reiz der Dollars und D-Mark. Und das impotente „Komitee für den Ausnahmezustand“ (GKChP) tat nichts. Jeder klassenbewußte sowjetische Arbeiter, der die dringende Notwendigkeit sah, die Kräfte der kapitalistischen Restauration aufzuhalten, wäre sicherlich gegen Jelzin

gewesen, aber kritisch gegenüber dem Putsch – dieser wollte nicht Jelzin stoppen und war daher zum Scheitern verurteilt.

Die Unbeholfenheit der Putschisten versetzte sogar imperialistische Kommentatoren in Erstaunen. Es wurde berichtet, daß sie 250 000 Handschellen bestellt hatten bei einer Fabrik in Pskow sowie stapelweise Blanko-Haftbefehle; doch sie schafften es nicht einmal, den Mann zu fassen, der eindeutig zentral sein würde für einen proimperialistischen Gegenputsch. Man sperrte nicht einmal Jelzins Telefon und erlaubte ungläublicherweise dem Fernsehen die Berichterstattung über Jelzins Appelle an die Soldaten, den Befehl zu verweigern! Doch diese offensichtlichen Dummheiten waren nicht bloß ein Versehen. Die Initiatoren des Putsches setzten alles darauf, daß der Putsch die neutrale Anerkennung der Imperialisten finden sollte; sie deuteten an, daß Gorbatschow zurückgebracht werden könnte, und ließen Washingtons Liebling Jelzin unangetastet. Die Erklärung des GKChP beteuerte, das „Privatunternehmertum zu unterstützen“ und jede verräterische Verpflichtung einzuhalten, die Gorbatschow den Imperialisten gegenüber eingegangen war. Sein Hauptsprecher für Wirtschaftsfragen, Tisyakow, betonte ausdrücklich, daß „die Politik der Reformen in Richtung Marktwirtschaft nicht rückgängig gemacht werden wird“. Es war keine Rede von „Marxismus-Leninismus“, „Kommunismus“ oder selbst „Sozialismus“.

Denn dies war ein „Perestroika-Putsch“. Monatelang gab es Aufrufe zu einem scharfen Durchgreifen, die von Vertretern der harten Linie kamen, stalinistisch/nationalistischen „Patrioten“ wie den „schwarzen Obristen“ von Sojus. Doch was die Führer des Putsches, allesamt von

Gorbatschow ins Amt gehoben, zum Handeln bewog, war die kurz bevorstehende Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrags; dieser hätte einen bedeutenden Teil der Zentralgewalt an die Republiken übergeben. Der Putsch kam nicht so sehr vom Militär, das sich zum größten Teil raushielt, sondern von hochrangigen Verwaltungs- und Parteibonzen des Zentralapparats, deren bürokratische Pfründe bedroht waren. Ihr erklärtes Programm war das Kriegsverbot, das die UdSSR vor dem Auseinanderbrechen bewahren sollte, was hinausläuft auf Perestroika minus Glasnost: Einführung des Marktes, nur nicht so schnell, und Maulhalten. So war einer aus der „Achterbande“, Ministerpräsident Pawlow, im Gorbatschow-Regime der Hauptbefürworter des neuen Gesetzes, das die weitgehende Privatisierung der Industrie gestattete, und er ist berüchtigt dafür, daß er letztes Frühjahr die Preise für Lebensmittel verdreifachte. Damals sagte er einem britischen Journalisten:

„Ich muß ganz entschieden sagen, daß die Privatisierung immer auf der Tagesordnung der Wirtschaftsreform stand, und sie war immer, aus offensichtlichen Gründen, sehr eng verknüpft mit der Liberalisierung bei den Preisen... Wir wollen für das Kapital normale Verhältnisse schaffen wie in anderen Ländern.“ (Londoner *Independent*, 18. April)

Nicht gerade ein Programm, das sowjetische Arbeiter inspirieren könnte, den Griff der Verschwörer nach der Macht zu unterstützen! Die Führer des Putsches vermieden auffälligerweise jede Erwähnung der Oktoberrevolution oder auch nur des „Großen Vaterländischen Krieges“. Statt dessen setzten sie auf die Traditionen des Zaren-

Fortgesetzt auf Seite 18

Von CDU/CSU und SPD bis PDS, DKP: Deutsche Perestroika-Volksfront

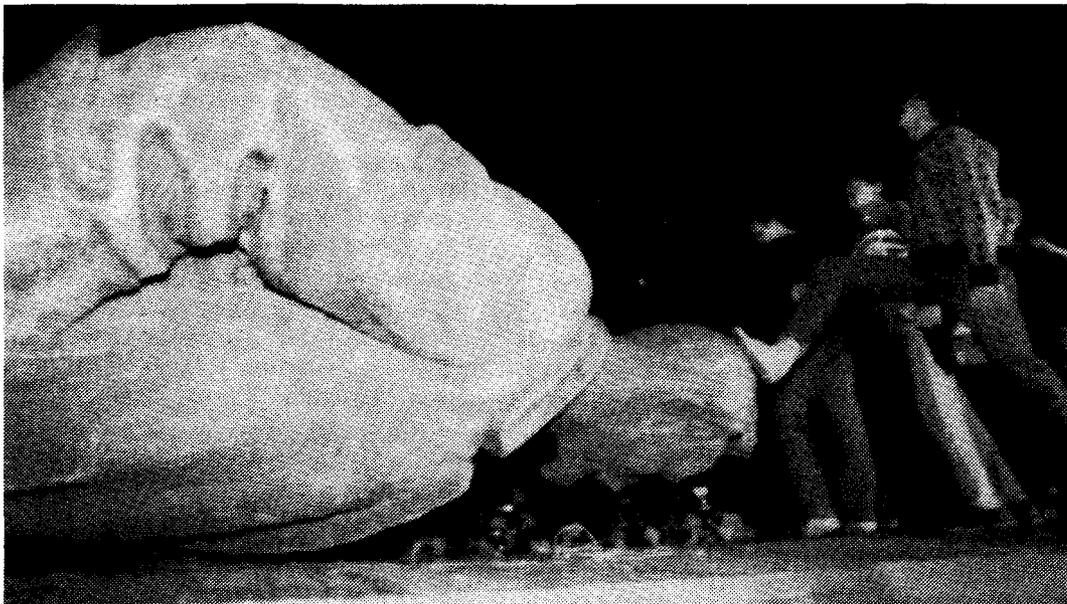
Kein Wunder, daß die PDS den Bach runter geht. Dieser Sproß von Gorbatschows „Perestroika“ versucht vergeblich, sich als Neuauflage der Sozialdemokratie zu vermarkten. Die PDS half dem Kreml, die DDR an die Bourgeoisie von Auschwitz zu verschenken und beschleunigte dadurch die Kräfte der Konterrevolution in der Sowjetunion. Jetzt brüstet sie sich stolz, die konsequentesten Antistalinalisten zu sein mit ihrer Forderung nach Rücktritt des Moskauer Putschkomitees zu einem Zeitpunkt, als SPD, CDU und FDP noch „mit den neuen Moskauer Machthabern auf Regierungsebene einen Umgang“ finden wollten. Parteichef Gysi übermittelte dem neuen Machthaber Jelzin seine „herzlichsten Glückwünsche“, und ein riesiges Banner an ihrem Treuhand-verwalteten Parteibüro ruft zur „Solidarität mit der Perestroika“ auf, dem Schlachtruf der Imperialisten und Sozialdemokraten.

Alles umsonst. Die deutsche Bourgeoisie interessiert sich nicht für solch eine Weder-Noch-Kreatur. Und innerhalb der eigenen Reihen gibt es reichlich Unruhe. Sogar die *Berliner Linke* (August 1991) protestierte gegen das PDS-Spruchband, weil es sich „so kaum von den Sprüchen Diepgens, Vogels (SPD) oder Kohls abzuheben scheint“. Und die PDS-loyale Kommunistische Plattform gab dem Ausnahmezustand am 20. August bedingte Unterstützung, „wenn er ... die sowjetische Gesellschaft auf den revolutionären Weg der Perestroika zurückführt“. Eine Hauptsorge der KommPlatt – genau wie der ganzen Bonner Riege – galt der „Stabilität der internationalen Beziehungen“. Perestroika, aber bitte mit deutscher Ordnung.

Auch die unverbesserliche DKP hoffte, der Putsch würde „zur erkennbaren Konsolidierung der Lage in der UdSSR“ führen. Zwar greift sie „die Haltung der UdSSR zum Golfkrieg“ und die „Preisgabe der internationalistischen Position in der sowjetischen Politik“ an, doch trieft ihre Stellungnahme von Loyalitätsbetuerungen gegenüber dem Vierten Reich: „Im nationalen Interesse Deutschlands“ werden „konstruktive Beziehungen zur Sowjetunion“ gefordert, als Garant der „friedlichen Entwicklung in Europa und der Welt“.

Dagegen unterstützten die antisowjetischen Sozialdemokraten des Grüppchens Arbeitermacht lauthals Jelzins CIA-angeleiteten Gegenputsch und boten an, „mit all jenen Kräften, die dem Putsch aktiv Widerstand leisteten, zusammenzuarbeiten“. Während die Pamjat-Faschisten in Moskau rote Fahnen verbrennen und die antikommunistische Hexenjagd tobt, ruft Arbeitermacht zu einem neuen Nürnberger Tribunal (von „ArbeiterInnen“) in der Sowjetunion auf, „die über all jene urteilen, die am Putsch teilgenommen haben“. Ihr Versuch, Frontkämpfer für Jelzins Konterrevolution zu sein, leitet sie zu offenen Provokationsaufrufen an die Soldaten, die Gewehre umzudrehen – „gegen die Offiziere, die euch den Einsatz befehlen“.

Die heutigen Entwicklungen in der UdSSR bestätigen, daß jeder Flügel des Stalinismus bankrott ist. Für PDS, DKP und KomPlatt existiert die Arbeiterklasse nicht. Aber das größte Verbrechen der Stalinisten war die politische Entmachtung der Arbeiterklasse. Dringender als je zuvor brauchen wir eine wirkliche trotzkistische Partei, die die Arbeiter an die Macht führt.



Der Spiegel

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 17

reichs – das Lenin ein „Völkergefängnis“ nannte – und erklärten: „Unser multinationales Volk lebt seit Jahrhunderten, stolz auf sein Mutterland.“ Doch beim Appell an den russischen Nationalismus hatte Jelzin die besseren Karten.

Auch schafften es die Organisatoren des Putsches nicht, die Imperialisten zu beschwichtigen. Sobald Bush eine harte Haltung einnahm und Jelzin unterstützte (und nebenbei Gorbatschows Rückkehr verlangte), begann der Putsch sich aufzulösen. Hinterher gab es viel Trara über die massenhafte Unterstützung der „Demokratie“ durch die Bevölkerung. Zwar kamen zu einem Zeitpunkt bis zu 150 000 (bei einer Stadt von zehn Millionen), darunter zweifellos viele Arbeiter, um Jelzin zu hören, doch die berühmten Barrikaden vor dem „Weißen Haus“ waren rein symbolisch, und im allgemeinen lungerten dort nur ein paar tausend Leute herum. „Es waren in erster Linie junge Leute wie ich, Studenten, Intellektuelle und höhere Angestellte“, sagte ein Teilnehmer. Zusätzlich zu ein paar Dutzend Polizisten der russischen Republik bestanden Jelzins Leibwächter aus gemieteten Bullen von einer privaten Sicherheitsfirma. Vor dem Gebäude gab es höchstens ein Dutzend Panzer, die von Jelzin-freundlichen Kommandeuren geschickt worden waren. Über einen möglichen Sturmangriff äußerte einer von Jelzins „Kommandeuren“: „Natürlich könnten wir sie nicht länger als fünf Minuten abwehren.“ Doch es gab keinen ernsthaften Angriff.

Ermutigt durch die Lähmung der Putschführer, warf der reaktionäre Mob Molotow-Cocktails auf junge Panzerfahrer. Und dann, kaum zweieinhalb Tage nach Beginn der Aktion, zog die Armee ab. In diesem Augenblick begannen verrückte Jelzin-Anhänger durch die Stadt zu toben. Ein Oberstleutnant, der bei den Demonstrationen dabei war, war schockiert: „Ich bin überrascht, wie viele Jugendliche nach Blut lechzen.“ Ihr erstes Ziel war vor dem KGB-Hauptquartier die Statue von Felix Dzierzhinski, einem polnischen Kommunisten und dem Gründer der Tscheka, die das Instrument der Bolschewiki im Kampf gegen die Umsturzversuche der Weißgardisten war. Am nächsten Tag stürzten sie die Statue des jüdischen Kommunisten Jakow Swerdlow, dem ersten Präsidenten der Sowjetrepublik. Dabei verteilten die Hitler-Anhänger von NTS ein Flugblatt, das genau die Maßnahmen verlangte, die Jelzin am nächsten Tag verordnete. Der rus-

sisch-orthodoxe Patriarch leitete die Zeremonie der Beisetzung von den dreien, die beim Angriff auf die Panzer gestorben waren. Das britische Fernsehen berichtete: „Die heutigen Bilder waren die des alten, vorrevolutionären Rußlands, eines Landes, das sich um 75 Jahre zurückgeworfen hat.“

Nach dem vermurksten Putsch ging Jelzin, der frühere bürokratische Bonze, der zum Anhänger der kapitalistischen Restauration geworden ist, schnell und skrupellos gegen seine politischen Gegner vor. In der besten Tradition von Stalin schleifte Jelzin den politisch geschwächten sowjetischen „Präsidenten“ Gorbatschow vor die johlenen Mitglieder des russischen Parlaments, um ihn grob zu demütigen. Jelzin, der „demokratische“ Präsident Rußlands, äffte den Zaren nach und gab überheblich einen Ukas (Erlaß) heraus, der die Aktivitäten der Kommunistischen Partei auf russischem Boden verbot und die *Prawda* sowie weitere KP-Zeitungen für illegal erklärte. Das Zentralkomitee der KPdSU und ihre Büros in Moskau wurden versiegelt und von blutrünstigen Banden umzingelt. Jelzin stellte seine Macht über Gorbatschow zur Schau und ernannte die neuen Chefs der sowjetischen Armee, des KGB und des Innenministeriums; der letztere verbot unverzüglich die Aktivitäten der Kommunistischen Partei in diesen Säulen der Staatsmacht. Am nächsten Tag trat Gorbatschow nicht nur als Generalsekretär der KPdSU zurück, sondern forderte auch die Auflösung der zerfallenden Partei und die Beschlagnahme ihres Eigentums.

Jelzin führt vielleicht die Feder und das Mikrofon, aber seine Befehle kommen auf direktem Weg vom Weißen Haus am Potomac ins „Weiße Haus“ an der Moskwa. Keine 24 Stunden, nachdem Bush seine Unzufriedenheit ausgedrückt hatte über Gorbatschows Ernennung von General Moissejew zum neuen Verteidigungsminister, war Moissejew wieder draußen. Der russische Demagoge Jelzin wird als großer Held der „Demokratie“ hingestellt. Dieser „Demokrat“ fordert die Bildung einer neuen russischen Armee, der „Nationalgarde“, deren höchste Auszeichnung der St.-Georg-Orden sein würde – das zaristische Wahrzeichen und Banner der russischen Faschisten. Sogar viele prowestliche, für einen „freien Markt“ eintretende Intellektuelle in der Sowjetunion fürchten Jelzin als einen potentiellen Diktator, der sie rücksichtslos überfahren wird. Wie Lech Walesa in Polen, ein Bewunderer des nationalistischen Diktators Pilsudski, wird er versuchen, seine Popularität auszunutzen, um den Arbeitern eine kapitalistische „Schockbehandlung“ aufzuzwingen.

Erstes Ziel der „Rossija“-grölenden „Demokraten“ war die Statue von Felix Dzierzhinski, polnischer Kommunist und Gründer der Tscheka – bolschewistisches Instrument gegen den Weißen Terror

Die imperialistischen Medien triumphieren und bejubeln „die Zweite Russische Revolution“. Aber in der Sowjetunion beginnen sogar manche der eher liberalen Jelzin-Anhänger nervös zu werden bei dem Gedanken, daß sie den Wirbelsturm nicht loswerden, den sie gerufen haben. Der Herausgeber von *Ogonjok*, Witali Korotitsch, warnt jetzt vor einer „dritten Kraft, die vielleicht verkörpert wird von gewissen jungen Leuten mit faschistischen Ansichten“. Die Führer der „demokratischen Revolution“ geben bereits die zaristische Parole aus von dem „einen unteilbaren Rußland“. Leningrads Bürgermeister Anatoli Sobtschak geht auf die zentrifugalen Kräfte los, die die UdSSR auseinanderreißen: „Dies ist ein Wahnsinn. Wir sind eine Atommacht.“ Jelzins Gehilfen reden über die Destabilisierung der Wirtschaft und warnen die ukrainischen Sezessionisten, daß „Russens diesen Ländern eine Seele gegeben haben“.

Inzwischen haben sich Tausende von Moskauern angestellt, um das Lenin-Mausoleum zu besuchen, aus Sorge, daß dies vielleicht ihre letzte Gelegenheit ist, dem Gründer des Sowjetstaats ihren Respekt zu erweisen.

Kämpft gegen die kapitalistische Versklavung!

Seit Jahrzehnten haben Stalinisten und Imperialisten gleichermaßen das durch Stalin und seine Schildträger 1924 installierte System der bürokratischen Herrschaft mit dem Leninismus gleichgesetzt. Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Die Bolschewiki unter Lenin und Trotzki führten die Oktoberrevolution als den ersten Schritt der sozialistischen Weltrevolution durch. Das rückständige Rußland, das „schwache Glied“ in der Kette imperialistischer Herrschaft, war der Schauplatz der ersten Arbeiterrevolution, die jedoch durch das Proletariat in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern vollendet werden mußte, wenn sie aufrechterhalten und zum Sozialismus weitergeführt werden sollte, einer Gesellschaft der Gleichheit, basierend auf Überfluß. Erst auf der Basis der Niederlagen der europäischen Revolutionen in der Nachkriegsperiode 1918–23, besonders in Deutschland, „entdeckten“ die Usurpatoren Stalin/Bucharin die zutiefst antimarxistische Idee, daß es möglich sei, den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen. Trotzki prangerte dieses nationalistische Dogma an, das die Weltrevolution abschied, und sagte voraus, daß es den Untergang der Sowjetunion bedeuten würde, wenn nicht die Bürokratie von der sich wieder erhebenden Arbeiterklasse weggefegt würde.

In seiner maßgeblichen Analyse des Stalinismus, *Verratene Revolution* (1936), stellte Trotzki prophetisch die Frage: „Wird der Beamte den Arbeiterstaat auffressen oder der Arbeiter den Beamten bezwingen?“ In der Entwicklung dieser Frage erarbeitete er das Programm der proletarisch-politischen Revolution, geführt durch eine bolschewistische Partei, um die Sowjetdemokratie wieder einzuführen. Die geplante Wirtschaft wäre dann den Entscheidungen der Arbeiter unterworfen und befreit von dem willkürlichen Zickzackkurs der gesichtslosen, grauen Bürokraten. Und anstelle der konservativen, antirevolutionären Politik von Stalins Kreml würde die Sowjetunion wieder die Zentrale der internationalen sozialistischen Revolution werden. Trotzki beschrieb auch die trübe Alternative:

„Würde dagegen die herrschende Sowjetkaste von einer bürgerlichen Partei gestürzt, so fände letztere unter den heutigen Bürokraten, Administratoren, Technikern, Direktoren, Parteisekretären, den privilegierten Spitzen überhaupt, nicht wenige willfähige Diener. Eine Säuberung des Staatsapparates wäre natürlich auch in diesem Falle erforderlich, doch hätte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute zu

entfernen als eine revolutionäre Partei. Die Hauptaufgabe der neuen Staatsmacht wäre jedoch, das Privateigentum an den Produktionsmitteln wiederherzustellen. Vor allen Dingen gälte es, die Vorbedingungen zur Absonderung von Großbauern aus den schwachen Kolchosen und zur Umwandlung der starken Kolchosen in Produktionsgenossenschaften bürgerlichen Typs, in landwirtschaftliche Aktiengesellschaften, zu schaffen. Auf dem Gebiete der Industrie würde die Entnationalisierung bei den Betrieben der Leicht- und Nahrungsmittelindustrie beginnen. Das Planprinzip würde während einer Übergangszeit auf eine Reihe von Kompromissen hinauslaufen, die zwischen der Staatsmacht und den einzelnen ‚Genossenschaften‘, d.h. den potentiellen Eigentümern (Sowjetindustriekapitänen, ehemaligen, emigrierten Besitzern und ausländischen Kapitalisten),

**Jüdischer
Kommunist
Jakow
Swerdlow, erster
Präsident der
Sowjetrepublik
– sein Denkmal
gestürzt vom
konterrevolutionären Mob**



geschlossen würden. Obwohl die Sowjetbürokratie einer bürgerlichen Restauration gut vorgearbeitet hat, müßte das neue Regime auf dem Gebiete der Eigentumsformen und der Wirtschaftsmethoden nicht Reformen, sondern eine soziale Umwälzung durchführen.“

Jeder sowjetische Arbeiter, Kollektivbauer, Rentner und Soldat wird unmittelbar erkennen, daß dieser Ablauf der Konterrevolution bereits im Gange ist. Das staatliche Außenhandelsmonopol wurde versenkt, die Planwirtschaft aufgegeben. Statt dessen greifen imperialistische Konzerne von Pepsi-Cola bis Chevron auf die sowjetische Wirtschaft über. Die neue „Landreform“ der Russischen Föderation legt die Basis für die Zerstörung der Kolchos-Kollektive, was Elend für die große Mehrheit auf dem Land und Reichtum für die neuen Kulaken bedeutet. Die Profitraf-

Fortgesetzt auf Seite 20

Veranstaltungen der SpAD

Viertes Reich will UdSSR ausplündern – Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt Jelzins Konterrevolution!

- Berlin** 17. September, 19.00 Uhr
Linkstreiff, Weddingstr. 6
1000 Berlin 65
- Hamburg** 19. September, 19.00 Uhr
Volkshaus der Türkei, Neuer Kamp 31
2000 Hamburg 36
- Halle** 21. September, 16.00 Uhr
Comcenter, Raum 713
Leninallee 70, Halle

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 19

fer der „Genossenschaften“ und Schwarzmarktspekulanten haben sich im Vakuum des zusammengebrochenen Warenverteilungssystems explosionsartig vermehrt. Aber dies ist erst der Anfang. Jelzin beabsichtigt jetzt, die kapitalistische Restauration mit halbschmerzlicher Geschwindigkeit durchzuboxen. Jawlinsky, einer der Autoren des in Harvard ausgeheckten „Großen Ausverkaufs“ der Sowjetunion an die Imperialisten, leitet jetzt die Wirtschaft. Aber für die sowjetischen Werktätigen verspricht die „Magie des Marktes“ Hunger und Obdachlosigkeit. In einem Insider-Rundbrief weist die große Wall-Street-Maklerfirma Merrill Lynch auf die Wahrheit hin, die den sowjetischen Massen vorenthalten wird:

„Obwohl es wahrscheinlich eine Welle des Optimismus in der sowjetischen Bevölkerung geben wird, wenn sich eine neue politische Ordnung herausbildet, werden die Erwartungen über die Fähigkeit dieser neuen Ordnung, die Wirtschaft heranzureißen, wahrscheinlich die realistischen Möglichkeiten überschreiten. Wenn die Erfahrungen in Osteuropa als Hinweis dienen können, werden die nächsten Jahre schmerzhaft für die sowjetische Wirtschaft sein, wenn Arbeiter ihre unkündbaren Arbeitsplätze verlieren und staatseigene Betriebe umstrukturiert werden.“ (*Wednesday's Global Report*, 21. August)

Bisher war Jelzin in der Lage, das Wirtschaftschaos und die Verelendung durch die Perestrojka auf Gorbatschows „Halbherzigkeit“ und die Sabotage durch den altstalinistischen Apparat zu schieben. Der russische Demagoge spricht mit zwei Stimmen, die eine Woche besucht er Streikende, die nächste befürwortet er Streikverbote. Aber jetzt wird Jelzin versuchen, sein wirkliches Programm durchzusetzen, brutale kapitalistische Austeritätsmaßnahmen über die sowjetische Arbeiterklasse zu verhängen. Er wird dafür verantwortlich gemacht werden, wenn „unrentable“ Unternehmen geschlossen werden, Millionen von Arbeitern auf die Straße fliegen, Mieten und Lebensmittelpreise steigen, Kinderbetreuungseinrichtungen geschlossen werden und die sowjetische Arbeiterklasse von allen Seiten angegriffen wird. Gleichzeitig wird es in den nächsten Monaten sehr schwierig sein, die Armee, das KGB oder die Polizei zu benutzen, um Streiks zu brechen oder Protestaktionen der Bevölkerung zu zerschlagen.

Trotz des gegenwärtigen Aufstiegs von Jelzin und der

Stimmung von antikommunistischer Hysterie in der Kleinbourgeoisie wird es nicht so einfach sein, eine kapitalistische Konterrevolution in der Sowjetunion durchzuführen. Tatsächlich sollte man ein höheres Maß von Streikaktivitäten als unter Gorbatschows Perestrojka erwarten. Während dieser Zeit wurde die sowjetische Arbeiterklasse durch die ständig wechselnden Fronten – Jelzin gegen Gorbatschow gegen die „harten“ Stalinisten – politisch desorientiert und verwirrt. Jetzt stehen die Kampflinien fest, unverhüllt. Aber die Abwesenheit einer wirklich kommunistischen Führung stellt das größte Hindernis dar, das die Arbeiterklasse zum Opfer von Verwirrung, falscher Polarisierung und Defätismus angesichts des Klassenfeinds werden läßt.

Die Jelzin-Leute und die „Hardliner“ konkurrieren auf dem Gebiet des konterrevolutionären russischen Nationalismus. Angefangen mit Stalin war der bössartige großrussische Chauvinismus charakteristisch für die Bürokratie, was die multinationale UdSSR untergrub. Der Aufstieg der Antisemiten von Pamjat wurde von Teilen der Bürokratie Gorbatschows protegiert, besonders von Jelzins Flügel. Jetzt sehnen sich die nationalistischen Abspalter – hauptsächlich unter den reicheren Republiken – danach, Strohmänner für den heutigen Imperialismus zu werden, wie viele ihrer Vorgänger es für die Nazis waren. Im letzten Kampf seines Lebens beharrte Lenin darauf, gegen Stalin, daß der revolutionäre Sowjetstaat ein freiwilliger Zusammenschluß auf der Basis der Gleichheit der Nationen sein mußte.

Es ist dringend, sogar verzweifelt notwendig für die Arbeiterklasse, daß sie jetzt Organisationsformen errichtet, um ihre Macht zu mobilisieren, den Kräften der kapitalistischen Konterrevolution zu trotzen und sie niederzuwerfen.

Wo jeder Gauner es auf sie abgesehen hat, werden Arbeiter besorgt sein, ihren eigenen bedrohten Lebensunterhalt zu verteidigen. *Unabhängige Arbeiterkomitees* müssen in Fabriken, Bergwerken, Eisenbahndepots und anderen Unternehmen errichtet werden, um Entlassungen und Privatisierungen zu verhindern durch die Übernahme der Fabriken und die Kontrolle der Produktion. Solche Arbeiterkomitees können die Basis für wirkliche *Sowjets* sein, die Kollektivbauern, unterdrückte Minderheiten, werktätige Frauen, Soldaten und Offiziere der Roten Armee und Rentner in ihre Reihen einbeziehen – all diejenigen, die Opfer der „neuen Ordnung“ sein werden.

Jelzin & Co. haben bereits begonnen, das Offizierskorps zu säubern. Das hat nichts mit Demokratie zu tun.

Бюллетень
Спартаковцев № 1

Пишите нам
для получения
дальнейшей
информации
и оформления
соответственной
оплаты в рублях

Цена: 50 копеек
или эквивалент
в другой валюте

50 Kopeken
DM 2,-
oder jede beliebige
andere Währung

Наш адрес:
SpAD
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51

Бюллетень Спартаковцев **SPARTACIST**

Что такое троцкизм

Наши партнеры: ... 11
Инициативы рабочих Троцкого ... 12
Письма наших товарищей ... 13
Советские солдаты ... 14
В защиту маршала Тухачевского ... 15
Каждый рабочий ... 16
Светские традиции? ... 17
Голоса и новости СССР ... 18
Политическое положение ... 19
Угрозы СССР ... 20

Или Троцкий ...
На Первой программе: «Политический СССР и задачи революционной борьбы» ... 21
«Что такое СССР и куда он идет?» Глава V: «Советский терроризм» ... 22

Снова на путь Ленина и Троцкого!

SpAD Publishing Co. Box 1377 QPO New York NY 10718 USA 1989 цена 1987 - 20 коп.

Спартаковец/СССР
121019 г. Москва
г-19, а/я 19

Schulungsreihe der SpAD

ABC des Marxismus

jeweils 18.30 Uhr
„Linkstreif“, Weddingstraße 6,
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

- 12. September Die permanente Revolution
- 26. September Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!
- 10. Oktober Für Massenmobilisierungen von Arbeitern und Immigranten, um die Faschisten zu stoppen!
- 24. Oktober Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Er möchte die Sowjetarmee, die die Völker der Sowjetunion gegen die Nazi-Pest verteidigt hat, in ein willfähiges Werkzeug der inneren Unterdrückung im Interesse der neuen kapitalistischen Herren verwandeln. *Komitees von Soldaten und Offizieren* müssen gebildet werden, um den Säuberungen zu begegnen und um zu verhindern, daß die Armee dazu benutzt wird, gegen die Interessen der Arbeiter vorzugehen.

Der antikommunistische Mob ist die Sturmtruppe einer entstehenden faschistischen Bewegung, zukünftige Streikbrecher, Gefängniswärter und Folterer von kämpferischen Arbeitern und Linken. Die NTS, im Zweiten Weltkrieg Quislinge der Hitler-Invasoren, haben bereits bei den Mobilisierungen Jelzins ihre Köpfe erhoben. Die Schwarzhemden der Pamjat-Faschisten verbrennen rote Fahnen. Als nächstes werden sie tödliche antisemitische Pogrome veranstalten. *Arbeitermilizen* müssen gebildet werden, mit Unterstützung von Soldaten und Offizieren der Roten Armee, die dem Sozialismus treu sind, um sich gegen die Lynch-Mobs und Pogromisten zu verteidigen und sie zu zerschlagen.

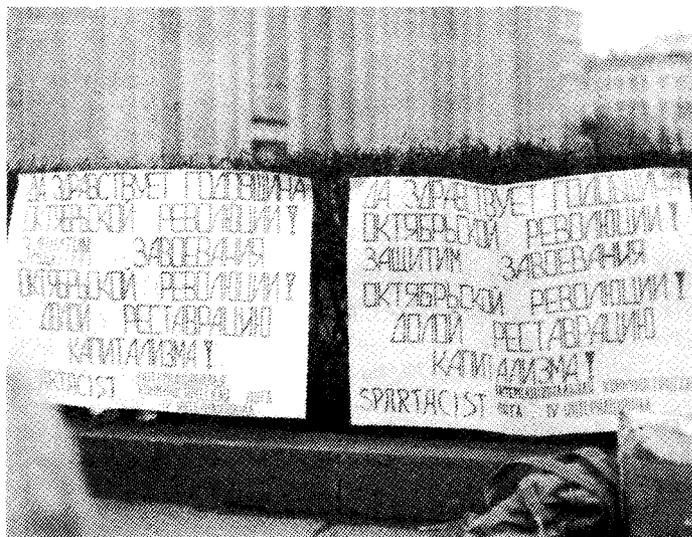
Das Verbot der Kommunistischen Partei wird als Präzedenzfall benutzt werden, alle Gruppen zu verbieten, die behaupten, für den Sozialismus oder Kommunismus zu stehen. Die Säuberung aller Roten wird benutzt werden, um kämpferische Arbeiter zu verfolgen, die Streiks gegen Entlassungen und Privatisierungen anführen. *Nieder mit der Hexenjagd, nieder mit dem Verbot der KP! Laßt nicht zu, daß sie kommunistische oder jüdische Kollegen wegschleppen!*

Die eskalierenden nationalistischen Abspaltungsbewegungen in den verschiedenen Republiken heizen brudermörderische Schlächtereien zwischen den weitgehend untereinander verflochtenen Sowjetvölkern an. Es ist dringend notwendig, *multinationale Verteidigungswachen* zu organisieren, um kommunalistische Blutbäder abzuwenden. Als Leninisten, d. h. proletarische Internationalisten, treten wir ein für die völlige Gleichheit aller Nationen und Nationalitäten in einer wirklich sozialistischen Föderation.

Die werktätigen Frauen, die am meisten unter dem wirtschaftlichen Elend der Perestroika gelitten haben, müssen nicht nur im Kampf gegen die Schließung von Kinderbetreuungseinrichtungen in der ersten Linie stehen, sondern auch bei der Schmiedung eines wirklich kommunistischen Kerns. In Polen und der früheren DDR werden die Frauen von ihrer Arbeit vertrieben, und Abtreibung wird als eine Straftat angesehen. Die wiedererwachten werktätigen Frauen der Sowjetunion – die durch die kapitalistische Konterrevolution am meisten zu verlieren haben – müssen eine führende Rolle übernehmen, wie es ihre Großmütter und Urgroßmütter in der bolschewistischen Revolution taten.

Die Jugendlichen, von denen viele in den vergangenen Tagen erstmals schockartig zu politischem Bewußtsein kamen, müssen ihren Weg zum Programm des revolutionären Internationalismus finden. Der Rückfall zu der slawophilen Rückständigkeit von Jelzin & Co. schließt ein wirklich offenes intellektuelles und künstlerisches Klima aus, nach dem sich so viele junge Leute sehnen. Täuscht euch nicht: Das Leben der Jugend im Westen ist nicht wie im Musikvideo! Für die Arbeiterjugend im Kapitalismus ist die Wirklichkeit ein Alptraum von Unsicherheit, Arbeitslosigkeit und Hoffnungslosigkeit, mit der sehr realen Möglichkeit, das Kanonenfutter für den nächsten imperialistischen Krieg darzustellen. Die junge Sowjetrepublik kämpfte in den Tagen von Lenin und Trotzki für die Emanzipation der Frauen, für jede Art der sozialen Emanzipation, gegen Zensur, für die Freiheit von Staatsingriffen in die privaten Angelegenheiten der Bürger.

Arbeiter- und Soldatensowjets (Räte) müssen das Ziel



Spartacist

Revolutionstag, 7. November 1990: Trotzklisten rufen zur Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen kapitalistische Restauration auf. Alle Macht den Arbeitersowjets!

haben, das konterrevolutionäre Jelzin-Regime zu besiegen und eine auf Sowjetdemokratie basierende Regierung zu errichten, wie die, die durch die Oktoberrevolution 1917 entstand. In dieser Stunde blanker Not ist mehr denn je die Schmiedung einer neuen, authentisch kommunistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse der Schlüssel zur erfolgreichen Verteidigung der Sowjetunion. Kehrt zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!

Für revolutionäre Umgruppierung!

Durch den offensichtlichen und vollständigen Zusammenbruch des Stalinismus gibt es eine dringende Notwendigkeit zu Umgruppierung aus den zahlreichen Gruppierungen am linken Rand der KPdSU, die gerne Kommunisten sein würden. Viele der am stärksten kommunistisch eingestellten Arbeiter hatten Illusionen in die „patriotischen“ Elemente der stalinistischen Bürokratie, die oft an den großrussischen Chauvinismus appellierten und die offene Antisemiten, Faschisten und Zaristen duldeten oder umarmten. Aber der Sojus-Führer Viktor Alksnis beispielsweise prangert Gorbatschow nicht für die Einführung des Marktes an, sondern für die Einführung von „Demokratie“: „Mein Modell ist, erst den Markt, die Demokratie später“. Dies ist auch bekannt als die „chilenische Option“, nach dem Modell des blutigen Putsches von Pinochet, dessen gepriesenes Pseudo-„Wirtschaftswunder“ auf den Leichen von Zehntausenden linker Arbeiter und Bauern aufbaute.

Ende Juli beriefen Aktivisten aus dem Milieu der „Patrioten“ eine Arbeiterkonferenz in der Hauptstadt ein, zu der mehr als 500 Delegierte aus 400 größeren Betrieben der Moskauer Region kamen (siehe Seite 9). Ein Vertreter der Internationalen Kommunistischen Liga richtete eine Grußadresse an diese Versammlung:

„Heute setzen die Imperialisten und die hiesigen Konterrevolutionäre alles daran, um die Sowjetunion zu zerstückeln, indem sie das sowjetische Proletariat durch Nationalismus spalten und paralysieren. Dies ist ihre größte Waffe. Aber das Proletariat hat seine eigene Waffe – den Internationalismus. Wir müssen eine Partei schmieden, die gegen alle Formen von Diskriminierung, Nationalismus und Antisemitismus mobilisiert!“

Während des Putsches brachte der Moskauer Arbeiter- rat, der aus dieser Juli-Konferenz entstand, einen Aufruf

Fortgesetzt auf Seite 22

Jelzins Konterrevolution...

Fortsetzung von Seite 21

heraus: „Bildet Arbeitermilizen für den Erhalt des vergesellschafteten Eigentums, für den Erhalt der sozialen Ordnung in den Straßen unserer Städte, für die Kontrolle der Durchführung der Befehle und Anordnungen des Staatskomitees für den Notstand.“ Kein Wort der Kritik am GKChP. Ein Aufruf für Arbeitermilizen, um die konterrevolutionären Demonstrationen der Jelzin-Anhänger zu zerschlagen, war sicherlich angebracht. Aber wenn das Notstandskomitee seine Macht gefestigt hätte, hätte es versucht, alle derartigen Arbeitermilizen aufzulösen, weil diese andernfalls unweigerlich und schnell seiner politischen Kontrolle ent wachsen wären. Eine unabhängige Mobilisierung der Arbeiterklasse war das letzte, was diese degenerierten Stalinisten sehen wollten.

Die kommunistisch gesinnten Linken, die auf den „patriotischen“ Flügel der Kommunistischen Partei und der bewaffneten Kräfte hofften, stehen jetzt verständlicherweise unter einem politischen Schock. Sie können nicht verstehen, was passiert ist. Genaugenommen können sie nicht verstehen, was passiert ist, seit Gorbatschow 1985 Chef der KPdSU wurde. Wirtschaftschao und Elend der Perestroika, die Aufgabe von Osteuropa, die Unterstützung für die Zerstörung des Irak durch die USA im Namen von Bushs „Neuer Weltordnung“ – das alles ist nicht einfach ein Ergebnis von fehlendem Rückgrat, Korruption oder Dummheit auf Seiten Gorbatschows und seiner Mitarbeiter. Es ist das Erbe von mehr als sechs Jahrzehnten stalinistischer Perversion der Oktoberrevolution: die bürokratische Usurpation der Herrschaft der Arbeiter, das anmaßende bürokratische Mißmanagement der Wirtschaft, der großrussische Chauvinismus auf Kosten der nationalen Minderheiten, die Erstickung der freien Willensäußerung und Kreativität, die politische Demobilisierung der Arbeiterklasse.

Nach der relativen Stagnation der späten Breschnjew-Jahre kamen die führenden Teile der Kreml-Bürokratie auf ihre Art zur Erkenntnis, daß es keinen „Sozialismus in einem Land“ geben kann, daß die Sowjetunion als Teil der internationalen Arbeitsteilung in die Weltwirtschaft integriert werden muß. Da der Kern der stalinistischen ideologischen Perspektive die Ablehnung der sozialistischen Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ist, bedeutete dies die Integration in das weltweite kapitalistische System. Die Absicht von Jelzin und Gorbatschow – die beide als typische junge, aufstrebende Apparatschiks unter dem Breschnjew-Regime anfangen –, die Sowjetunion an die Wall Street und die Frankfurter Bankiers zu verkaufen, ist die *logische Schlussfolgerung* der stalinistischen Doktrin des „Sozialismus in einem Land“. Gorbatschows neo-bucharinistischer „Marktsozialismus“ war das Vorzimmer zur Konterrevolution.

Trotz der antikommunistischen Hysterie, die derzeit in der Sowjetunion wütet, gibt es eine große Zahl von Arbeitern und selbst ein paar Intellektuelle, die den Sozialismus und Kommunismus verteidigen wollen. Sie müssen verstehen, daß der Trotzismus der unverfälschte Ausdruck des heutigen Bolschewismus ist, daß eine trotzkistische Partei aufgebaut werden muß, um den Kampf gegen die Konterrevolution zu führen. Stalins erster Schritt bei der Festigung seiner Herrschaft war die Säuberung und Verfolgung der Linken Opposition, wobei ihm Bucharin half, und schließlich die Ermordung der gesamten alt-bolschewistischen Kader, der Führer der Oktoberrevolution.

Die verheerenden Auswirkungen des „Sozialismus in einem Land“ auf die Weltrevolution und die UdSSR machten sich schnell bemerkbar. Stalin und Bucharin

kollaborierten mit der britischen sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, die dann den Generalstreik von 1926 sabotierte. Sie unterstützten den chinesischen nationalistischen General Tschiang Kai-schek, der dann das revolutionäre Proletariat in Blut ertränkte. Wie die *Plattform der Opposition* 1927 feststellte: „Der Zusammenbruch des englischen Generalstreiks und der darauffolgende Zusammenbruch der chinesischen Revolution haben die Imperialisten mit der Hoffnung erfüllt, sie könnten auch die Sowjetunion erdrücken.“ Nur wenige Jahre später ließ die deutsche KP es zu, aufgrund der Befehle Stalins, daß Hitler unangefochten an die Macht kam.

Stalin hatte Trotzkis Aufruf für eine prinzipienfeste Arbeitereinheitsfront, um die Faschisten zu besiegen, zurückgewiesen. Als Nazi-Deutschland eine offensichtliche Gefahr für die Sowjetunion wurde, rief Stalin zur „Volksfront“ mit den sogenannten „demokratischen“ Imperialisten in Frankreich und Britannien auf. Im Namen dieser „Volksfront“ sabotierten die Stalinisten eine vorrevolutionäre Situation in Frankreich und erwürgten die revolutionäre spanische Arbeiterklasse, was dem Sieg Francos den Weg bereitete. Danach war Stalin, der während der blutigen Säuberungen 1936–38 den Generalstab der Roten Armee enthauptete und auf seinen „Nichtangriffspakt“ mit Hitler vertraute, unmittelbar verantwortlich für die katastrophalen Verluste in der Anfangsphase des Zweiten Weltkriegs.

Mehr als 20 Millionen Sowjetbürger wurden getötet bei der Verteidigung des Heimatlandes des Oktober und bei der Befreiung Europas vom Alptraum des Nazismus. Auf der Grundlage der Zerstörung des Dritten Reichs durch die Rote Armee brachte die Bedrohung der UdSSR durch den atomar bewaffneten amerikanischen Imperialismus den Kreml dazu, als Verteidigungsmaßnahme in Osteuropa bürokratisch deformierte soziale, d.h. antikapitalistische Umwälzungen durchzuführen. Aber nun wird Osteuropa wieder den Imperialisten übergeben.

Wir Trotzisten haben immer die Sowjetunion verteidigt

Heute steht die Sowjetunion vor der Zerstückelung, ihre Teilrepubliken vor der Umwandlung in Neokolonien von Washington, Berlin und Tokio. Die unmittelbare Ursache des jetzigen Zusammenbruchs der stalinistischen Bürokratie liegt in der erneuerten Kalten-Kriegs-Offensive, die vom amerikanischen Imperialismus gestartet wurde, um seine schmähliche Niederlage in Vietnam zu überwinden. Bei jeder entscheidenden Schlacht des zweiten Kalten Krieges – in Afghanistan, Polen, der DDR – stand die Internationale Kommunistische Liga (IKL, früher die internationale Spartacist Tendenz) fest zur Verteidigung der Sowjetunion gegen die Kapitulationen der Kreml-Bürokratie.

Die sowjetischen Stalinisten führten einen halbherzigen Krieg gegen die vom CIA bewaffneten islamischen Reaktionen in Afghanistan, und schließlich verkauften sie aus und zogen sich zurück. Wir sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und forderten: „Weitet die sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“ Als Ende 1981 die polnische Solidarność unter der Führung von Reagan und Papst Johannes Paul Wojtyla im Namen der „bürgerlichen Demokratie“ nach der Macht griff, erhoben wir die Forderung: „Stopp die Konterrevolution von Solidarność!“ Der Gegencoup von General Jaruzelski vereitelte für eine Weile die Pläne der klerikal-nationalistischen Strohmannen von den Frankfurter Bankiers und der Wall Street. Aber die Stalinisten hatten weder die moralische Autorität noch ein Programm, um der Konterrevolution das Wasser abzugraben,

so daß acht Jahre später derselbe Jaruzelski die politische Macht mit der Zustimmung Gorbatschows an Walesa & Co. abtrat.

Als Ende 1989 das Honecker-Regime in Ostdeutschland stürzte und die Berliner Mauer fiel, warf die IKL ihre Kräfte in den Kampf für die Perspektive eines roten Deutschlands der Arbeiterräte. Wir initiierten den Aufruf zu der riesigen antifaschistischen Demonstration am 3. Januar 1990, zu der 250.000 Personen kamen, um die Sowjetsoldaten zu ehren, die bei der Befreiung Deutschlands von den Nazis fielen. Danach, als Gorbatschow einem wiedervereinigten Vierten Reich des deutschen Imperialismus grünes Licht gab, waren unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands die *einzige* Partei, die sich klar und eindeutig gegen die kapitalistische Wiedervereinigung stellte.

Innerhalb der Sowjetunion haben Vertreter der IKL für eine Perspektive des revolutionären Internationalismus gekämpft. So halfen wir bei einem Bergarbeiterkongreß in Donezk, rechtsgerichtete Jelzin-Unterstützer abzublocken, die, beraten vom US-Gewerkschaftsbund „AFL-CIA“, versuchten, sowjetische Bergleute für die internationale antikommunistische Hexenjagd gegen den britischen Bergarbeiterführer Arthur Scargill zu gewinnen. Die imperialistischen Herrscher hassen Scargill, weil er 1984/85 den britischen Bergarbeiterstreik führte – den sowjetische Arbeiter großzügig unterstützten. Diese bedeutende Klassenschlacht strafte den eigennützigen stalinistischen Mythos Lügen, die Arbeiter in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern seien unfähig, harten Klassenkampf zu führen.

Unser dringendes Ziel ist es, mit unserer Broschüre *Spartacist Bulletin*, die neben Schlüsseldokumenten der IKL auch den Abschnitt über die UdSSR aus Trotzki's Übergangsprogramm enthält, das Programm des Trotzkiismus dem sowjetischen Proletariat und der sozialistisch eingestellten Intelligenzija zugänglich zu machen. In den letzten Monaten analysierten wir die sich zuspitzende Krise in unserem Artikel „Wohin geht die Sowjetunion“ (*Spartakist* Nr. 84 und 85, März und April 1991), der auch ein Programm für den Kampf um wirkliche Sowjetmacht enthält.

Es ist dringend notwendig, zu kämpfen

Als Trotzki 1935 über den „Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus“ schrieb, hielt er fest: „Der unvermeidliche Zusammenbruch des Stalinschen Bonapartismus wird sofort den Charakter der UdSSR als Arbeiterstaat in

Frage stellen.“ Dies ist jetzt geschehen. Er fügte hinzu: „Das Schicksal der Sowjetunion als *sozialistischer* Staat hängt von dem *politischen* Regime ab, das den Stalin-Bonapartismus ablösen wird.“ Die Imperialisten und ihre Laufburschen wie Jelzin wollen die Konsolidierung eines kapitalistischen Staats beschleunigen. Nur wird dies nicht so einfach sein. Es ist nicht wie in Ostdeutschland, einem überschaubaren, homogenen Land, das von der bereits existierenden deutschen Bourgeoisie übernommen wurde, die einfach mit ihrem Staatsapparat einzog, die DDR-Wirtschaft in Trümmer legte und die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung auf Sozialhilfe setzte. Als sich herausstellte, daß die Kosten höher waren als erwartet, pumpte Bonn weiter Milliarden D-Mark hinein.

Die Sowjetunion dagegen ist ein riesiges Land mit mehr als 100 Nationalitäten, einem gewaltigen Potential für Chaos, und es gibt keinen, der die kapitalistische Übernahme finanziert. Die sowjetischen kleinbürgerlichen Yuppies glauben an einen utopischen Kapitalismus und träumen davon, plötzlich einen Lebensstandard wie in Skandinavien zu bekommen. Tatsächlich wäre ihr wirtschaftliches und politisches Schicksal im Kapitalismus eher so wie in Mexiko oder schlimmer, mit einer tiefen Verarmung der Massen, über die ein autoritärer Staat wacht. Die Kräfte, die Jelzin unterstützen, wären gern eine kapitalistische Klasse, aber sie sind noch keine. Selbst in Polen, wo der Staat von oben bis unten kapitalistisch ist, hat sich noch keine kapitalistische Klasse gefestigt, weil es ihr fehlt an ... Kapital.

Und es gibt weitere Hindernisse: zum einen ist die sowjetische Wirtschaft unionsweit organisiert, so daß die Abtrennung wesentlicher Teile, besonders der Ukraine, einen verheerenden Schaden anrichten wird. Darüber hinaus glauben viele sowjetische Arbeiter, daß das Land ihnen gehört, und sie sind zutiefst der Gleichheit der Menschen verpflichtet. Dies müßte der Kapitalismus erst zerstören, um sich einzunisten. Obwohl sich die Dinge mit einer halbsprecherischen Geschwindigkeit entwickeln, könnten diese Faktoren dem Proletariat eine Gelegenheit bieten, in den Kampf einzutreten, bevor sich die Konterrevolution festigt. Sollte dies passieren, müssen Revolutionäre eingreifen und Führung geben, und vor allem muß ihr Ziel sein, eine neue revolutionäre Avantgardepartei zusammenzuschweißen, das entscheidende Instrument für den Sieg.

Nach Workers Vanguard Nr. 533, 30. August

Krankenschwestern...

Fortsetzung von Seite 4

die Arbeiter zur Macht führt. In dieser komplizierten Industriegesellschaft wird *internationale* Planung auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse notwendig sein, um die bestmögliche Versorgung der Menschen zu sichern.

Gesundheit heißt viel mehr als Injektionen, Pillen und das Messer des Chirurgen: es bedeutet einen anständigen Platz zum Leben; ausreichendes gutes Essen; die Kenntnis der menschlichen Biologie; Luft ohne Verschmutzung; sichere und menschenwürdige Arbeitsbedingungen. Die Medizin kann nicht Leben sichern, das durch Armut und Unterernährung ruiniert wurde. Erst wenn das kapitalistische System auf dem Misthaufen gelandet ist, wenn die Arbeiter dieser Welt am Steuer sind, werden wir eine neue, wirklich sozialistische Gesellschaft errichten können, wo Menschenleben und Menschenwürde zählen. Dann werden medizinische Forschung und Technik international koordiniert für das Wohl aller. Erst dann werden Krankenhäuser wirklich Heilstätten sein. ■

Hamburg...

Fortsetzung von Seite 5

ner Straße ermorden, wie beinahe zuletzt beim Angriff in Bergedorf. Die Spartakisten haben am Donnerstag an der Demo in Bergedorf teilgenommen mit dem Banner: Stoppt die Nazis durch Arbeiter/Immigrantenmobilisierung!

Das Bundesinnenministerium rechnet mit 300.000 Abschiebungen. Und das müssen wir verhindern. Für verfolgte Iraner wie Libanesen, Palästinenser und Tamilen gilt, daß sie vor dem 31. Dezember 1988 eingereist sein müssen, um ein Bleiberecht zu genießen. Aber Chomeini hat gerade Anfang 1989 10.000 Linke hinrichten lassen.

Um diese Massenabschiebungen zu verhindern, bedarf es Aktionen in größerem Umfang, wie sie die Spartakisten organisieren: Demonstrationen gegen den Judenstopp für sowjetische Juden und gegen den Maulkorbberlaß für Araber wie in Berlin, gegen die Diskriminierung von Immigranten, Lesben und Schwulen in Diskotheken wie in Hamburg. Und dafür brauchen wir eine trotzkistische Partei, wie wir Spartakisten sie aufbauen wollen. ■

SPARTAKIST

Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten! „Festung Europa“ deportiert

Polizeiterror, Massenabschiebungen, rassistische Hetzjagd – das imperialistische Westeuropa befestigt seine Grenzen gegen Flüchtlinge und Immigranten. Im italienischen Hafen Bari werden 10 000 albanische Flüchtlinge im Stadion zusammengetrieben, unter infernalischen Bedingungen von der Polizei eingekesselt und deportiert. An der polnischen und tschechoslowakischen Grenze werden vom Bundesgrenzschutz jeden Monat Tausende Flüchtlinge – hauptsächlich Roma und Cinti aus Rumänien – mit Hubschraubern und Eingreiftruppen gejagt und vertrieben. Die wenigen, die es trotzdem nach Deutschland schaffen, werden von Nazi/Skinheadbanden überfallen.

In der bürgerlichen Presse tobt eine unbeschreibliche Hetze gegen Flüchtlinge. „Asylanten-Katastrophe – Morgen auch bei uns?“, schreit ein Titelbericht der notorischen *Bild*-Zeitung und zeigt zynisch auf das schreckliche Leiden der Albaner in Italien. Der *Spiegel* fragt: „Müssen die Deutschen das im Grundgesetz garantierte Asylrecht kippen?“, und hetzt: „Die meisten Ankömmlinge sind auch nicht echte Hungerflüchtlinge“. Inzwischen werden in Dresden Roma-Kinder mit Hungerbäuchen unter entsetzlichen Bedingungen zusammengepfercht. In ganz Deutschland werden in Turnhallen und Containern unmenschliche Lager für Asylsuchende errichtet.

Von der kleinen Völkergruppe der Roma und Cinti
Fortgesetzt auf Seite 6



Glaser/SZ-Archiv

Berliner Polizei des Vierten Reichs bei der Selektion von Asylsuchenden

Özals Türkei: NATO-Schlächter für „Neue Weltordnung“

Seit dem imperialistischen Massenmord am Golf und der Verkündung von Bushs „Neuer Weltordnung“ hat der NATO-Staat Türkei den blutigen Terror gegen seine Bevölkerung verschärft, besonders gegen das kurdische Volk im Südosten. Und am 4. August regneten wieder Bomben auf kurdische Dörfer im Irak: Die türkische Luftwaffe und 20 000 Soldaten fielen in den Nord-Irak ein, um Stellungen der kurdischen nationalistischen Guerillaorganisation Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) zu zerstören und ihren Terrorkrieg gegen Kurden auf den Irak auszuweiten. Allein im kurdischen Grenzort Cherasok wurden zwölf Menschen getötet und weitere 13 Bewohner durch Splitterbomben schwer verletzt, von den Hütten ist nicht eine einzige stehengeblieben. Berichten zufolge wurden auch Stellungen im Iran sowie der Marktplatz in der Stadt Hahork und ein Flüchtlingslager nahe Serwan bombardiert, wo 200 Menschen getötet worden seien. Eine Gesamtzahl der Opfer des türkischen Überfalls ist nicht

bekannt. Die türkische Regierung verkündete, daß sie 35 PKK-Kämpfer ermordet habe.

Am 13. August erklärte die Türkei ihre Aktion für beendet. Der Einsatz der Armee und der mit der Armee kollaborierenden Dorfmilizionäre dauert zur Zeit noch an. Die Regierung in Ankara erwägt die Errichtung einer Pufferzone im Irak, nach dem Vorbild der zionistischen Lösung im Süden Libanons: ein Niemandland, wo auf alles geschossen wird, was sich bewegt. Ob Pufferzone oder sogenannte „Schutzzone“ der US-Imperialisten, die „Neue Weltordnung“ hat nur Elend, Hunger und Terror für das kurdische Volk gebracht.

Im Juli besuchte der Verkünder dieser „Neuen Weltordnung“, US-Präsident George Bush, das türkische „Bollwerk an der Südflanke der NATO“. Sein Besuch war vorbereitet worden durch den grausamen Polizei-Überfall auf einen Trauermarsch in Diyarbakir. Mit der größten

Fortgesetzt auf Seite 7

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!